

«GAM MULTISTOCK»

Société d'investissement à Capital Variable

L-1661 Luxembourg

25, Grand-Rue

R.C.S. Luxemburg Sektion B Nummer 32188

Gegründet gemäß Urkunde aufgenommen durch Notar Joseph KERSCHEN, mit dem damaligen Amtswohnsitz in Luxemburg, am 1. Dezember 1989, veröffentlicht im Mémorial Recueil des Sociétés et Associations C Nummer 21 vom 19. Januar 1990.

Die Satzung wurde zum letzten Mal abgeändert, gemäß Urkunde aufgenommen durch Notar Henri HELLINCKX, mit dem Amtswohnsitz in Luxemburg, am 30. Juni 2017, veröffentlicht im Recueil Electronique des Sociétés et Associations („RESA“) am 20. Juli 2017.

KOORDINIERTE SATZUNG

zum 30. Juni 2017

Die Gesellschaft

Artikel 1.- Unter dem Namen "GAM MULTISTOCK" (die "Gesellschaft") besteht eine "Investmentgesellschaft mit veränderlichem Kapital" (SICAV).

Dauer

Artikel 2.- Die Gesellschaft besteht für einen unbegrenzten Zeitraum. Sie kann jederzeit durch einen Beschluss der Aktionäre der Gesellschaft aufgelöst werden, sofern der Beschluss in der Form gemäß Art. 30 dieser Satzung erfolgt.

Gegenstand

Artikel 3.- Der ausschließliche Gegenstand der Gesellschaft ist die Anlage in übertragbare Wertpapiere jeder Art und/oder in andere liquide Finanzanlagen im Sinne von Artikel 41 Absatz 1 des Gesetzes vom 17. Dezember 2010 (das „Gesetz von 2010“) über Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapiere, zum Zwecke der Risikostreuung und um den Aktionären das Ergebnis der Verwaltung des Anlagevermögens zukommen zu lassen. Die Gesellschaft kann jede Maßnahme treffen und alle Geschäfte durchführen, die sie als zur Erfüllung und Entwicklung ihres Gesellschaftszwecks nützlich erachtet, in dem Umfang, wie es das Gesetz von 2010 erlaubt.

Geschäftssitz

Artikel 4.- Der Geschäftssitz der Gesellschaft besteht in der Stadt Luxemburg, im Großherzogtum Luxemburg. Zweigniederlassungen oder andere Repräsentanten können entweder in Luxemburg oder im Ausland durch Beschluss des Verwaltungsrates der Gesellschaft (der „Verwaltungsrat“) errichtet werden.

Falls der Verwaltungsrat entscheidet, dass Ereignisse höherer Gewalt geschehen sind oder unmittelbar bevorstehen, welche die normalen Geschäftstätigkeiten der Gesellschaft an ihrem Geschäftssitz oder den laufenden Kontakt mit Personen im Ausland beeinträchtigen könnten, so kann der Geschäftssitz vorübergehend ins Ausland verlegt werden, bis diese außerordentlichen Umstände beendet sind. Derartige vorübergehende Maßnahmen haben keine Auswirkung auf die Nationalität der Gesellschaft, die eine Luxemburger Gesellschaft bleibt.

Gesellschaftskapital - Aktien

Artikel 5.- Das Gesellschaftskapital ist durch Anteile ohne Nennwert („Anteile“) dargestellt, die zusammen jederzeit dem Inventarwert der Gesellschaft entsprechen.

Das Mindestkapital der Gesellschaft entspricht in Schweizer Franken dem Gegenwert von einer Million zweihundertfünfzigtausend (1.250.000,-) Euro. Sofern ein oder mehrere Subfonds (wie unten definiert) in Anteile anderer Subfonds der Gesellschaft investiert sind, ist der Wert der relevanten Anteile zum Zweck der Überprüfung des gesetzlichen Mindestkapitals nicht mit zu berücksichtigen.

Der Verwaltungsrat ist ohne Einschränkung berechtigt, jederzeit Anteile zum Ausgabepreis pro Anteil gem. Artikel 26 dieser Satzung auszugeben, ohne den bestehenden Aktionären der Gesellschaft ein Anrecht auf die neuen Anteile zu gewähren. Der Verwaltungsrat kann jedem seiner Mitglieder oder einem Geschäftsführer der Gesellschaft oder jeder rechtmäßig ermächtigten Person die Befugnis übertragen, Zeichnungen anzunehmen und Zahlungen für solche neuen Anteile entgegenzunehmen und diese auszuhändigen.

Solche Anteile können gemäß Beschluss des Verwaltungsrates verschiedenen Anlagevermögen („Subfonds“) angehören und ebenfalls nach Beschluss des Verwaltungsrates in unterschiedlichen Währungen notiert sein. Der Verwaltungsrat kann außerdem bestimmen, dass innerhalb eines Subfonds zwei oder mehrere Kategorien von Anteilen („Anteilkategorie“) mit unterschiedlichen Merkmalen ausgegeben werden, wie z.B. eine spezifische Ausschüttungs- oder Thesaurierungspolitik, eine spezifische Gebührenstruktur oder andere spezifische Merkmale wie jeweils vom Verwaltungsrat bestimmt und im Rechtsprospekt („Rechtsprospekt“ bzw. „Prospekt“) der Gesellschaft beschrieben.

Der Erlös der Ausgabe jedes Subfonds wird gemäß Artikel 3 dieser Satzung in Wertpapiere (Wertrechte etc.; in der Folge „Wertpapiere“) bzw. in andere liquide Finanzanlagen investiert, die den Anlagebestimmungen entsprechen, die der Verwaltungsrat für die betreffenden Subfonds bestimmt.

Die Gesellschaft kann von Zeit zu Zeit Gratisanteile ausgeben, wobei der Inventarwert pro Anteil dann auf dem Wege eines Splits verkleinert wird.

Zur Bestimmung des Gesellschaftskapitals werden die Inventarwerte jedes Subfonds, die nicht in Schweizer Franken ausgedrückt sind, in Schweizer Franken umgerechnet, so dass das Gesellschaftskapital der Summe aller Inventarwerte aller Subfonds ausgedrückt in Schweizer Franken entspricht.

Anteile

Artikel 6.- Der Verwaltungsrat gibt Anteile nur in Namensform aus. Inhaberanteile werden nicht ausgegeben. Insofern früher Inhaberanteile oder Zertifikate für Inhaberanteile ausgegeben wurden, finden die Bestimmungen des Gesetzes vom 28. Juli 2014 über die Immobilisierung von Inhaberaktien und -anteilen und über die Führung des Namensregisters und des Inhaberaktienregisters („Immobilisierungsgesetz“) Anwendung.

Es werden keine Zertifikate über die ausgegebenen Anteile ausgestellt. Wenn ein Aktionär dies wünscht, wird ihm stattdessen eine Bestätigung seines Anteilsbesitzes ausgestellt und zugesandt, und es werden ihm dafür die üblichen Gebühren belastet. Die Gesellschaft kann Anteilsbestätigungen in einer Form ausstellen, die der Verwaltungsrat jeweils beschließen wird.

Namensanteile können in Bruchteilen von Anteilen ausgegeben werden, welche auf- oder abgerundet werden, gemäß den Bestimmungen des geltenden Rechtsprospekts der Gesellschaft.

Die Gesellschaft kann Anteilsbestätigungen in einer Form ausstellen, die der Verwaltungsrat jeweils beschließen wird.

Anteile werden nach Annahme der Zeichnung und vorbehaltlich der Zahlung des Kaufpreises (gem. Artikel 26 dieser Satzung) ausgegeben. Der Zeichner wird, auf Wunsch eine Bestätigung seiner Anteile innerhalb gesetzlich vorgeschriebener Fristen erhalten.

Zahlungen von Dividenden an Aktionäre erfolgen, soweit es sich um Namensanteile handelt, an ihre Anschrift im Gesellschaftsregister („Register“) oder an jene Anschrift, die der Gesellschaft schriftlich angegeben worden ist. Bezüglich der in der Vergangenheit ausgegebenen Inhaberanteile kommen die Bestimmungen des Immobilisierungsgesetzes zur Anwendung.

Die Aktionäre sämtlicher ausgegebenen Namensanteile der Gesellschaft werden im Register eingetragen, das von der Gesellschaft oder durch eine oder mehrere Personen/Firmen geführt wird, die hierzu vom Verwaltungsrat ernannt werden. In diesem Register soll der Name jedes Aktionärs von Namensanteilen, sein Wohnsitz oder der gewöhnliche Aufenthalt und die Anzahl, die Subfonds und Anteilskategorie der von ihm gehaltenen Anteile eingetragen werden. Die Übertragung und die Rückgabe eines Namensanteils werden in das Register eingetragen nach Zahlung einer üblichen Gebühr, die von der Gesellschaft für eine derartige Registrierung festgelegt wird.

Anteile sind frei von Beschränkungen der Übertragungsrechte und Ansprüchen zu Gunsten der Gesellschaft.

Die Übertragung von Namensanteilen erfolgt durch Eintragung in das Aktienregister ggf. anlässlich der Aushändigung der Bestätigungen oder Zertifikate über diese Anteile (soweit ausgegeben) zusammen mit solchen Dokumenten für die Übertragung, die der Gesellschaft notwendig erscheinen.

Sämtliche Mitteilungen und Ankündigungen der Gesellschaft an die Aktionäre können an die Adresse geschickt werden, die in das Register eingetragen wurde. Falls ein Aktionär diese Anschrift nicht mitteilt, kann eine entsprechende Notiz in das Register eingetragen werden. Infolgedessen kann die Gesellschaft davon ausgehen, die Anschrift des Aktionärs befände sich am Geschäftssitz der Gesellschaft oder an einer anderen Adresse, wie von der Gesellschaft beschlossen, bis der Aktionär der Gesellschaft eine andere Anschrift schriftlich mitteilt. Der Aktionär kann jederzeit seine in dem Register eingetragene Anschrift korrigieren, durch schriftliche Mitteilung an die Gesellschaft an deren Geschäftssitz oder an eine Anschrift, die die Gesellschaft bestimmt hat.

Im Falle der Ausgabe von Bruchteilsanteilen wird ein solcher Bruchteil in das Register eingetragen. Dieser Bruchteil beinhaltet keine Stimmberechtigung, jedoch berechtigt er, in dem Umfang wie von der Gesellschaft festgelegt, zu einem entsprechenden Anteil an der Dividende und am Liquidationserlös.

Einschränkung des Anteilbesitzes

Artikel 7.- Der Verwaltungsrat hat das Recht, die Einschränkungen (außer Einschränkung der Übertragung von Anteilen) zu erlassen, die er für notwendig erachtet, um sicherzustellen, dass keine Anteile der Gesellschaft oder Anteile eines Subfonds und/oder einer Anteilskategorie von einer Person (im folgenden „Ausgeschlossene Person“ genannt) erworben oder gehalten werden:

a) welche die Gesetze oder Vorschriften eines Landes und/oder behördliche Verfügungen verletzt oder gemäß den Bestimmungen des Rechtsprospekts vom Anteilseigentum ausgeschlossen ist;

b) deren Anteilsbesitz nach Meinung des Verwaltungsrats dazu führt, dass die Gesellschaft Steuerverbindlichkeiten bzw. andere finanzielle Nachteile erleidet, die sie ansonsten nicht erlitten hätte oder erleiden würde.

Die Gesellschaft kann demnach den Besitz von Anteilen durch eine Ausgeschlossene Person einschränken oder untersagen. Hierfür kann die Gesellschaft:

a) die Ausgabe von Anteilen oder die Registrierung von Anteilsübertragungen ablehnen, bis sie sich vergewissert hat, ob die Ausgabe oder die Registrierung dazu führen könnte, dass dadurch ein tatsächliches Eigentum an solchen Anteilen durch eine Ausgeschlossene Person begründet würde;

b) jederzeit von jeder namentlich registrierten Person verlangen, dem Register alle Angaben zu liefern, die sie für notwendig erachtet zwecks Klärung der Frage, ob diese Anteile tatsächlich im Eigentum einer Ausgeschlossenen Person stehen oder stehen werden;

c) falls die Gesellschaft der Überzeugung ist, dass eine Ausgeschlossene Person, entweder allein oder in Gemeinschaft mit einer anderen Person, rechtlicher oder tatsächlicher Aktionär der Anteile ist, und falls diese Person die Anteile nicht einer berechtigten Person überträgt, kann die Gesellschaft zwangsweise von diesem Aktionär alle von ihm gehaltenen Anteile wie folgt zurücknehmen:

(1) die Gesellschaft wird dem Aktionär, der als der Eigner der erworbenen Anteile gilt, eine Aufforderung zustellen (nachstehend „die Rückgabe-Aufforderung“ genannt), wobei sie, wie oben beschrieben, die zurückzugebenden Anteile, den für diese Anteile zu zahlenden Preis und den Ort, wo der Kaufpreis im Hinblick auf diese Anteile zahlbar ist, bestimmt. Jede solche Rückgabe-Aufforderung kann einem solchen Aktionär auf dem Postweg zugestellt werden, durch frankiertes Einschreiben an die zuletzt bekannte oder im Register der Gesellschaft eingetragene Anschrift des Aktionärs. Der Aktionär ist daraufhin verpflichtet, ggf. der Gesellschaft die Anteilszertifikate oder Anteilsbestätigungen, auf die sich die Rückgabe-Aufforderung bezieht, zurückzugeben. Unmittelbar nach Geschäftsschluss am Tag, der in der Rückgabe-Aufforderung genannt ist, verliert der Aktionär sein Eigentumsrecht an den in der Rückgabe-Aufforderung genannten Anteilen, und sein Name wird im Register gelöscht.

(2) Der Preis (nachstehend „Rücknahmepreis“ genannt), zu dem die genannten Anteile gemäß Rückgabe-Aufforderung zurückgenommen werden, ist der Betrag, der dem Inventarwert der Anteile je Subfonds und Anteilskategorie entspricht, wie er in Übereinstimmung mit Artikel 24 dieser Satzung berechnet wird, abzüglich einer etwaigen Rücknahmegebühr gem. Artikel 22 dieser Satzung.

(3) Die Zahlung des Rücknahmepreises wird dem Aktionär solcher Anteile in der Währung des jeweiligen Subfonds bzw. der jeweiligen Anteilskategorie geleistet und wird durch die

Gesellschaft bei einer Bank in Luxemburg oder an einem anderen Ort (wie in der Rückgabe-Aufforderung beschrieben) zur Zahlung, ggf. gegen Aushändigung der Anteilszertifikate oder Anteilsbestätigungen oder gegen die Erbringung eines sonstigen für die Gesellschaft akzeptablen Eigentumsnachweises, hinterlegt werden. Nach Hinterlegung dieses Kaufpreises, verliert die Person die Rechte, die sie wie in – dieser Satzung und dem Rechtsprospekt aufgeführt, besaß, sowie alle weiteren Rechte an den Anteilen, oder irgendwelche Forderungen gegen die Gesellschaft oder deren Vermögenswerte; ausgenommen ist das Recht der als berechtigter Eigentümer erscheinenden Person den so hinterlegten Rücknahmepreis (ohne Zinsen) seitens der Hinterlegungsstelle wie oben beschrieben zu erhalten.

(4) Die Ausübung der ihr gemäß diesem Artikel zustehenden Rechte durch die Gesellschaft kann in keinem Fall mit der Begründung in Frage gestellt oder als ungültig angesehen werden, dass kein ausreichender Nachweis des Eigentumsrechts von Anteilen einer Person vorgelegen hat, oder dass der tatsächliche oder rechtliche Eigner dieser Anteile ein anderer war, als es gegenüber der Gesellschaft zum Zeitpunkt der Rückgabe-Aufforderung erschien, vorausgesetzt, dass die besagten Rechte durch die Gesellschaft in gutem Glauben ausgeübt worden sind;

d) die Stimmabgabe an einer Gesellschafterversammlung durch irgendeine ausgeschlossene Person ablehnen.

Zur Klarstellung: das Vorstehende stellt keine Beschränkung der Übertragung von Anteilen dar, sondern lediglich eine Beschränkung des Besitzes dieser.

Rechte der Generalversammlung der Aktionäre

Artikel 8.- Jede ordnungsgemäß abgehaltene Generalversammlung der Aktionäre stellt das oberste Organ der Gesellschaft dar. Deren Beschlüsse sind für alle Aktionäre verbindlich, unabhängig vom Subfonds oder von der Anteilskategorie, soweit diese Beschlüsse nicht in die Rechte der getrennten Versammlung der Aktionäre eines bestimmten Subfonds oder einer bestimmten Anteilskategorie gemäß den nachfolgenden Bestimmungen eingreifen.

Die Generalversammlung der Aktionäre hat die weitest gehenden Befugnisse, alle Rechtshandlungen, die sich auf die Geschäfte der Gesellschaft beziehen, anzuordnen, auszuführen oder zu genehmigen.

Generalversammlung

Artikel 9.- Die jährliche Generalversammlung der Aktionäre wird in Übereinstimmung mit dem luxemburgischen Recht am Geschäftssitz der Gesellschaft oder an einem anderen in der Einladung genannten Ort in Luxemburg abgehalten und findet am 20. Oktober jeden Jahres um 11 Uhr statt. Falls dieser Tag kein Bankarbeitstag in Luxemburg ist, wird die Generalversammlung am

nächstfolgenden Bankarbeitstag in Luxemburg abgehalten. Die Generalversammlung kann im Ausland abgehalten werden, falls außergewöhnliche Umstände dies gemäß freiem Ermessen des Verwaltungsrats erforderlich machen.

Andere Versammlungen können an dem Ort und zu dem Zeitpunkt abgehalten werden, die in der entsprechenden Einladung bestimmt sind.

Getrennte Versammlungen der Aktionäre

Artikel 10.- Getrennte Versammlungen der Aktionäre eines bestimmten Subfonds oder einer bestimmten Anteilskategorie können auf Antrag des Verwaltungsrats einberufen werden. Für die Beschlussfähigkeit und Abstimmungen gelten die in Artikel 11 dieser Satzung niedergelegten Regelungen sinngemäß. Eine getrennte Versammlung der Aktionäre kann bezüglich der betreffenden Subfonds oder Anteilskategorien über alle Angelegenheiten beschließen, die gemäß Gesetz oder dieser Satzung nicht der Generalversammlung oder dem Verwaltungsrat vorbehalten sind. Beschlüsse von getrennten Versammlungen der Aktionäre dürfen nicht in die Rechte von Aktionären anderer Subfonds oder Anteilskategorien eingreifen.

Beschlussfähigkeit und Abstimmungen

Artikel 11.- Für die Einberufung von Generalversammlungen oder von getrennten Versammlungen von Aktionären gelten die gesetzlichen Fristen und Formalitäten.

Jeder Anteil eines Subfonds oder einer Anteilskategorie hat, unabhängig vom Inventarwert des jeweiligen Anteils, das Recht auf eine Stimme, vorbehaltlich der durch diese Satzung oder das Gesetz auferlegten Einschränkungen.

Ein Aktionär kann an jeder Versammlung von Aktionären teilnehmen oder sich mittels einer brieflich oder durch Telegramm, Fernschreiben oder Fernkopierer oder in jeder anderen vom Verwaltungsrat beschlossenen Form erteilten Vollmacht durch einen anderen Aktionär oder durch eine andere Person vertreten lassen.

Unter Vorbehalt anderslautender gesetzlicher oder satzungsmäßiger Bestimmungen werden Beschlüsse an einer ordnungsgemäß einberufenen Versammlung von Aktionären durch einfache Mehrheit der anwesenden oder durch Vollmacht vertretenen und abgegebenen Stimmen gefasst. Der Verwaltungsrat kann alle weiteren Bedingungen festlegen, die durch die Aktionäre zu erfüllen sind, um an einer Versammlung der Aktionäre teilnehmen zu können.

Falls die Gesellschaft nur einen einzigen Aktionär hat, übt letzterer alle Rechte aus, welche den Aktionären durch das Luxemburger Gesetz vom 10. August 1915 in seiner jeweils aktuellen

Fassung (das „**Gesetz von 1915**“) und der vorliegenden Satzung zustehen. Die von einem solchen alleinigen Aktionär gefassten Beschlüsse werden in einem Protokoll niedergeschrieben.

Einladungen

Artikel 12.- Die Generalversammlung bzw. weitere Versammlungen der Aktionäre werden durch den Verwaltungsrat mittels Einladung einberufen, die die Tagesordnung enthält. Diese erfolgt entweder 1) durch Hinterlegung der Anzeige beim Luxemburger Handels- und Gesellschaftsregister, welche mindestens fünfzehn (15) Tage vor der Generalversammlung im Luxemburger Recueil Electronique des Sociétés et Associations („RESA“) sowie in einer Luxemburger Tageszeitung veröffentlicht wird und durch Brief wenigstens acht (8) Tage vor der Generalversammlung oder 2) durch Einschreiben wenigstens acht (8) Tage vor der Generalversammlung. Unbeschadet der vorstehenden Bestimmungen kann die Einladung auch mittels anderer im Einzelfall vereinbarten Kommunikationsmittel erfolgen. Diese Unterlagen sind ferner acht (8) Tage vor der Generalversammlung am Gesellschaftssitz zur Einsicht verfügbar.

Die Einladung kann vorsehen, dass die Beschlussfähigkeit und Mehrheitserfordernisse auf Grundlage derjenigen Anteile festgelegt werden, welche bis zu fünf (5) Tage, vor der Generalversammlung um 24 Uhr (Luxemburger Zeit), ausgegeben und im Umlauf sind. Die Rechte eines Aktionärs zur Teilnahme und Abstimmung bei einer Generalversammlung richten sich ebenfalls nach seinem Anteilsbesitz zu dem in der Einladung bestimmten Zeitpunkt.

Auf schriftliches Verlangen von Aktionären, die mindestens ein Zehntel des Gesellschaftskapitals vertreten und unter Vorsehung der Tagesordnung, muss binnen eines Monat eine Generalversammlung einberufen werden.

Ferner können ein oder mehrere Aktionäre, welche mindestens ein Zehntel des Gesellschaftskapitals vertreten, verlangen, dass eine Generalversammlung einberufen wird und dass Abstimmungspunkte der Tagesordnung hinzugefügt werden. Der entsprechende Antrag ist mindestens fünf (5) Tage vor der Generalversammlung per Einschreiben an den Sitz der Gesellschaft zu richten.

Der Verwaltungsrat

Artikel 13.- Die Gesellschaft wird durch den Verwaltungsrat geführt, der sich aus mindestens drei Mitgliedern zusammensetzt, die nicht Aktionäre sein müssen.

Die Verwaltungsratsmitglieder werden durch die Aktionäre anlässlich der Generalversammlung für eine Dauer von maximal sechs (6) Jahren gewählt und sind wiederwählbar. Sollte die Stelle eines Verwaltungsratsmitglieds infolge von Tod, Rücktritt oder in sonstiger Weise nicht mehr besetzt sein, können die verbliebenen Verwaltungsratsmitglieder auf dem Weg der

Nachwahl mit einfacher Stimmenmehrheit ein Verwaltungsratsmitglied wählen, das die unbesetzte Stelle bis zur nächsten Generalversammlung besetzen wird.

Ein Verwaltungsratsmitglied kann jederzeit mit oder ohne Grund durch Beschluss der Generalversammlung der Aktionäre abberufen und/oder ersetzt werden. An der Generalversammlung kann nur eine Person, die dem Verwaltungsrat bis zu diesem Zeitpunkt angehörte, als Mitglied des Verwaltungsrates gewählt werden, es sei denn, diese Person

(1) wird vom Verwaltungsrat zur Wahl vorgeschlagen, oder

(2) ein Aktionär, der bei der anstehenden Generalversammlung, die den Verwaltungsrat bestimmt, voll stimmberechtigt ist, unterbreitet dem Vorsitzenden – oder wenn dies unmöglich sein sollte, einem anderen Verwaltungsratsmitglied – schriftlich nicht weniger als sechs und nicht mehr als 30 Tage vor dem für die Generalversammlung vorgesehenen Datum seine Absicht, eine andere Person als seiner selbst zur Wahl oder zur Wiederwahl vorzuschlagen, zusammen mit einer schriftlichen Bestätigung dieser Person, sich zur Wahl stellen zu wollen, wobei jedoch der Vorsitzende der Generalversammlung unter der Voraussetzung einstimmiger Zustimmung aller anwesenden Aktionäre den Verzicht auf die oben aufgeführten Erklärungen beschließen kann und die solcherweise nominierte Person zur Wahl vorschlagen kann.

Interne Organisation des Verwaltungsrates

Artikel 14.- Der Verwaltungsrat wird aus seiner Mitte einen Vorsitzenden, sowie gegebenenfalls einen oder mehrere stellvertretende Vorsitzende wählen. Er kann auch einen Sekretär ernennen, der nicht Mitglied des Verwaltungsrats zu sein braucht und für die Protokolle der Verwaltungsratssitzung und der Generalversammlung verantwortlich ist.

Der Vorsitzende führt den Vorsitz der Verwaltungsratssitzungen. In seiner Abwesenheit ernennen die Verwaltungsratsmitglieder eine andere Person zum vorübergehenden Vorsitzenden durch Mehrheitsbeschluss der Anwesenden.

Eine Sitzung des Verwaltungsrats kann durch den Vorsitzenden oder durch zwei Mitglieder des Verwaltungsrates am in der Einladung angegebenen Sitzungsort unter Angabe der Tagesordnung einberufen werden.

Briefliche, telegrafische, elektronische oder Telefaxeinladungen zu den Sitzungen des Verwaltungsrats erfolgen an alle Mitglieder mindestens 24 Stunden vor Beginn einer solchen Sitzung, mit Ausnahme dringender Umstände, in welchem Falle diese in der Einladung anzuführen sind.

Unter Vorbehalt der nachfolgenden Bestimmungen ist der Verwaltungsrat nur bei einer ordnungsgemäß erfolgten Einberufung der Sitzung beschlussfähig.

Mit Zustimmung aller Verwaltungsratsmitglieder kann auf ein Einberufungsschreiben verzichtet werden. Eine Einberufung ist nicht erforderlich für Sitzungen, deren Daten durch Verwaltungsratsbeschluss im Voraus festgelegt worden sind.

Jedes Verwaltungsratsmitglied kann sich bei einer Verwaltungsratssitzung durch ein anderes Mitglied des Verwaltungsrats vertreten lassen. Die Vollmachtserteilung erfolgt brieflich, per Telegramm, Fernschreiber oder Fernkopierer oder in jeder anderen Form wie vom Verwaltungsrat beschlossen.

Vorbehaltlich der nachfolgenden Ausnahmen kann der Verwaltungsrat nur rechtsgültig beraten oder beschließen, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend oder vertreten sind, wobei eine Teilnahme mittels Videokonferenz oder durch jedes andere Fernkommunikationsmittel, welches die Feststellung der Identität der Teilnehmer gewährleistet und welches eine effektive und andauernde Teilnahme an der Verwaltungsratssitzung sicherstellt, gestattet ist. Eine auf dieser Weise abgehaltene Verwaltungsratssitzung gilt als am Geschäftssitz der Gesellschaft abgehalten. Beschlüsse werden durch Mehrheit der Stimmen der an einer Sitzung anwesenden oder vertretenen Verwaltungsratsmitglieder gefasst. Der Vorsitzende des Verwaltungsrats hat bei Stimmgleichheit den Stichentscheid.

Die Verwaltungsratsmitglieder können auch auf dem Zirkularwege einen Beschluss herbeiführen, durch schriftliche Zustimmung auf einer oder mehreren gleichlautenden Urkunden. Eine Beschlussfassung auf dieser Weise gilt als am Geschäftssitz der Gesellschaft erfolgt.

Der Verwaltungsrat kann auch einzelne Verwaltungsratsmitglieder oder Dritte mit der Gesamtheit oder einem Teil der täglichen Geschäftsführung oder die Vertretung der Gesellschaft mit den vom Verwaltungsrat beschlossenen Befugnissen betrauen. Derartige Ernennungen können jederzeit vom Verwaltungsrat zurückgenommen werden.

Der Verwaltungsrat kann nach freiem Ermessen auch bestimmte Vollmachten und Kompetenzen auf ein Gremium übertragen, das aus von ihm ernannten Personen (gleich ob Verwaltungsratsmitglieder oder Dritte) besteht.

Protokolle der Verwaltungsratssitzungen

Artikel 15.- Die Protokolle jeder Verwaltungsratssitzung werden durch den Vorsitzenden derselben und ein anderes Verwaltungsratsmitglied oder durch den Sekretär des Verwaltungsrats unterzeichnet. Abschriften oder Auszüge solcher Protokolle, die für Rechtsverfahren oder für andere Rechtszwecke erstellt werden, sind durch den Vorsitzenden des Verwaltungsrats oder durch zwei Verwaltungsratsmitglieder oder durch den Sekretär des Verwaltungsrats und ein Verwaltungsratsmitglied zu unterzeichnen.

Festlegung der Anlagepolitik

Artikel 16.- Der Verwaltungsrat ist mit den Kompetenzen ausgestattet, alle Verwaltungshandlungen und Verfügungen im Gesellschaftsinteresse auszuführen, welche nicht ausdrücklich durch Gesetz oder durch diese Satzung der Generalversammlung vorbehalten sind.

Vorbehaltlich derjenigen Angelegenheiten, die den Aktionären in der Generalversammlung gemäß Satzung zustehen und gemäß der vorstehenden Einschränkungen, ist der Verwaltungsrat befugt, insbesondere die Anlagepolitik für jeden Subfonds nach dem Grundsatz der Risikostreuung zu bestimmen und im Rechtsprospekt festzulegen, unter Beachtung der Anlagebeschränkungen gemäß Gesetz, Verordnungen sowie Verwaltungsratsbeschlüssen.

Der Verwaltungsrat der Gesellschaft kann bestimmen, dass das Vermögen der Gesellschaft wie folgt angelegt wird:

- a) In Wertpapiere und Geldmarktinstrumente:
 - die an einem geregelten Markt (im Sinne der Richtlinie 2004/39/EG) notiert oder gehandelt werden;
 - die an einem anderen geregelten Markt eines Mitgliedstaates der Europäischen Union („EU“), der anerkannt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist, gehandelt werden;
 - die an einer Wertpapierbörse eines Drittstaates amtlich notiert oder an einem anderen geregelten Markt eines Drittstaates, der anerkannt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist, gehandelt werden. In diesem Zusammenhang bedeutet „Drittland“ alle Länder Europas, die kein Mitgliedsstaat der EU sind, und alle Länder Nord- und Südamerikas, Afrikas, Asiens und des Pazifikbeckens.
- b) In Wertpapiere und Geldmarktinstrumente aus Neuemissionen, sofern die Emissionsbedingungen die Verpflichtung enthalten, dass die Zulassung zur amtlichen Notierung an einer Wertpapierbörse oder an einem anderen geregelten Markt, wie in Punkt a) beschrieben, der anerkannt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist, beantragt wird und die Zulassung spätestens vor Ablauf eines Jahres nach der Emission erlangt wird.
- c) In Anteile von nach der Richtlinie 2009/65/EG, zugelassenen Organismen für Gemeinsame Anlagen in Wertpapiere („OGAW“) und/oder anderen Organismen für gemeinsame Anlagen („OGA“) im Sinne von Artikel 1 Absatz (2) erster und zweiter Gedankenstrich der Richtlinie 2009/65/EG mit Sitz in einem Mitgliedstaat der EU oder einem Drittstaat, sofern:

- diese anderen OGA nach Rechtsvorschriften zugelassen wurden, die sie einer behördlichen Aufsicht unterstellen, welche nach Auffassung der Commission de Surveillance du Secteur Financier („CSSF“) derjenigen nach dem Gemeinschaftsrecht der EU gleichwertig ist, und ausreichende Gewähr für die Zusammenarbeit zwischen den Behörden besteht;

- das Schutzniveau der Anteilhaber der anderen OGA dem Schutzniveau der Anteilhaber eines OGAW gleichwertig ist und insbesondere die Vorschriften für die getrennte Verwahrung des Fondsvermögens, die Kreditaufnahmen, die Kreditgewährung und Leerverkäufe von Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten den Anforderungen der Richtlinie 2009/65/EG gleichwertig sind;

- die Geschäftstätigkeit der anderen OGA Gegenstand von Halbjahres- und Jahresberichten ist, die es erlauben, sich ein Urteil über das Vermögen und die Verbindlichkeiten, die Erträge und die Transaktionen im Berichtszeitraum zu bilden;

- der OGAW oder dieser andere OGA, dessen Anteile erworben werden sollen, nach seinen Gründungsunterlagen insgesamt höchstens 10% seines Vermögens in Anteilen anderer OGAW oder anderer OGA anlegen darf.

d) In Sichteinlagen oder kündbare Einlagen mit einer Laufzeit von höchstens zwölf (12) Monaten bei qualifizierten Kreditinstituten, die ihren Gesellschaftssitz in einem Mitgliedstaat der EU oder in einem Mitgliedstaat der OECD oder in einem Land mit äquivalenten Geldwäschebestimmungen

e) In Geldmarktinstrumente, die nicht auf einem geregelten Markt gehandelt werden und die unter die Definition des Artikel 1 des Gesetzes von 2010 fallen, sofern die Emission oder der Emittent dieser Instrumente selbst Vorschriften über den Einlagen- und den Anlegerschutz unterliegt, und vorausgesetzt sie werden:

- von einer zentralstaatlichen, regionalen oder lokalen Körperschaft oder der Zentralbank eines Mitgliedstaats der EU, der Europäischen Zentralbank, der EU oder der Europäischen Investitionsbank, einem Drittstaat oder, im Falle eines Bundesstaates, einem Gliedstaat der Föderation oder von einer internationalen Einrichtung öffentlich-rechtlichen Charakters, der mindestens ein Mitgliedstaat der EU angehört, begeben oder garantiert; oder

- von einem Unternehmen begeben, dessen Wertpapiere auf den unter (a) bezeichneten geregelten Märkten gehandelt werden; oder

- von einem Institut, das gemäß den im Gemeinschaftsrecht der EU festgelegten Kriterien einer Aufsicht unterstellt ist, oder einem Institut, das Aufsichtsbestimmungen, die nach Auffassung

der CSSF mindestens so streng sind wie die des Gemeinschaftsrechts der EU, unterliegt und diese einhält, begeben oder garantiert; oder

- von anderen Emittenten begeben, die einer Kategorie angehören, die von der CSSF zugelassen wurde, sofern für Anlagen in diesen Instrumenten Vorschriften für den Anlegerschutz gelten, die denen des ersten, des zweiten oder des dritten Gedankenstrichs gleichwertig sind und sofern es sich bei den Emittenten entweder um ein Unternehmen mit einem Eigenkapital von mindestens zehn (10) Mio. Euro, das seinen Jahresabschluss nach den Vorschriften der 4. Richtlinie 78/660/EWG erstellt und veröffentlicht, oder um einen Rechtsträger, der innerhalb einer eine oder mehrere börsennotierte Gesellschaften umfassenden Unternehmensgruppe für die Finanzierung dieser Gruppe zuständig ist, oder um einen Rechtsträger handelt, der die wertpapiermäßige Unterlegung von Verbindlichkeiten durch Nutzung einer von einer Bank eingeräumten Kreditlinie finanzieren soll.

f) In Derivate einschließlich gleichwertiger bar abgerechneter Instrumente, die an einem wie unter dem vorstehenden Buchstaben a) bezeichneten geregelten Markt gehandelt werden und/oder freihändig gehandelte („over the counter“ oder **“OTC-Derivate”**), sofern:

- es sich bei den Basiswerten um Instrumente im Sinne von Artikel 41 Absatz (1) des Gesetzes von 2010, um Finanzindizes, Zinssätze, Wechselkurse oder Währungen handelt, in die die Gesellschaft gemäß ihren Anlagezielen anlegen darf,

- die Gegenparteien bei Geschäften mit OTC-Derivaten einer behördlichen Aufsicht unterliegende Institute der Kategorien sind, die von der CSSF zugelassen wurden und

- die OTC-Derivate einer zuverlässigen und überprüfbaren Bewertung auf Tagesbasis unterliegen und jederzeit auf Initiative der Gesellschaft zum angemessenen Zeitwert veräußert, liquidiert oder durch ein Gegengeschäft glattgestellt werden können.

Jedoch kann die Gesellschaft höchstens 10% des Inventarwertes pro Subfonds in andere als die unter (a) bis (e) genannten Wertpapiere und Geldmarktinstrumente sowie, wenn keine darüber hinausgehenden Anlagen in Zielfonds im jeweiligen Besonderen Teil des Rechtsprospekts ausdrücklich zugelassen werden, höchstens 10% des Inventarwertes pro Subfonds in Zielfonds (d.h. Anteile in OGAW und/oder anderen OGA im Sinne von Ziffer c) oben) anlegen. Der Verwaltungsrat kann jedoch in Übereinstimmung mit Kapitel 9 des Gesetzes von 2010 und unter den dort festgelegten Voraussetzungen beschließen, dass ein Subfonds („Feeder“) mindestens 85% seines Vermögens in Anteile eines anderen OGAW (oder eines Subfonds eines solchen), der nach der EU-Richtlinie 2009/65/EG zugelassen ist, der nicht selbst ein Feeder ist und keine Anteile eines Feeders hält, investiert. Eine solche Möglichkeit ist erst dann eröffnet, wenn dies ausdrücklich entsprechend im Rechtsprospekt eingeführt wird.

Die Gesellschaft legt höchstens 10% des Inventarwertes pro Subfonds in Wertpapieren oder Geldmarktinstrumenten ein und desselben Emittenten an. Die Gesellschaft legt höchstens 20% des Inventarwertes eines jeden Subfonds in Einlagen bei ein und derselben Einrichtung an.

Die Obergrenze des ersten Satzes des vorhergehenden Absatzes wird auf 35% angehoben, wenn die Wertpapiere oder Geldmarktinstrumente von einem EU-Mitgliedstaat oder seinen Gebietskörperschaften, von einem Drittstaat oder von internationalen Einrichtungen öffentlich-rechtlichen Charakters, denen mindestens ein EU-Mitgliedstaat angehört, begeben oder garantiert werden.

Abweichend von den vorhergehenden Absätzen ist die Gesellschaft ermächtigt, in Übereinstimmung mit dem Prinzip der Risikostreuung bis zu 100% des Inventarwertes pro Subfonds in Wertpapiere und Geldmarktinstrumente verschiedener Emissionen zu investieren, die von einem Mitgliedstaat der EU oder seinen Gebietskörperschaften oder einem Mitgliedstaat der OECD oder von internationalen Organisationen öffentlich-rechtlichen Charakters, denen ein oder mehrere Mitgliedstaaten der EU angehören, begeben oder garantiert werden, allerdings mit der Maßgabe, dass der Subfonds Wertpapiere und Geldmarktinstrumente von mindestens sechs unterschiedlichen Emissionen halten muss, wobei die Wertpapiere und Geldmarktinstrumente einer Emission höchstens 30% des Inventarwertes des Subfonds ausmachen dürfen.

Sofern mehrere Subfonds bestehen, kann ein Subfonds unter den in Artikel 181 Absatz 8 des Gesetzes von 2010 festgelegten Voraussetzungen in andere Subfonds der Gesellschaft investieren.

Darüber hinaus wird sich die Gesellschaft an alle weiteren Einschränkungen halten, die von den Aufsichtsbehörden jener Länder vorgeschrieben werden, in denen Anteile zum öffentlichen Vertrieb zugelassen sind.

Im Falle, dass eine Änderung des Gesetzes von 2010 zu wesentlichen Abweichungen führt, kann der Verwaltungsrat beschließen, dass sich solche neuen Bestimmungen anwenden.

Pooling und „Co-Management“

Artikel 17.- Die Verwaltung der Vermögenswerte eines Subfonds kann mittels „Pooling“ erfolgen.

In diesem Fall werden Vermögen verschiedener Subfonds zusammen verwaltet. Derartige zusammen verwaltete Vermögen werden als „Pool“ bezeichnet, wobei jedoch solche „Pools“ ausschließlich für interne Verwaltungszwecke verwendet werden. Die „Pools“ haben keine eigene Rechtspersönlichkeit und sind nicht direkt zugänglich für die Aktionäre. Jedem Subfonds, welcher zusammen mit anderen Subfonds verwaltet wird, sind buchhalterisch seine spezifischen Vermögen zuordenbar.

Wenn Vermögen eines oder mehrerer Subfonds zusammen verwaltet werden, werden die Vermögen, welche jedem teilnehmenden Subfonds zugeteilt werden, zunächst gemäß ihrer ersten Zuteilung von Vermögen in einen solchen „Pool“ bestimmt und werden im Falle von zusätzlichen Zeichnungen oder Rücknahmen im Verhältnis zu derartigen Zeichnungen und Rücknahmen proportional abgeändert.

Die Ansprüche jedes teilnehmenden Subfonds auf die gemeinsam verwalteten Vermögen finden auf all und jede Anlagen jenes „Pools“ Anwendung.

Zusätzliche Anlagen, welche im Namen von gemeinsam verwalteten Subfonds getätigt werden, werden diesen Subfonds gemäß ihren respektiven Rechten zugeteilt und Vermögenswerte welche verkauft werden, werden in der gleichen Art und Weise von den betreffenden Vermögenswerten jedes teilnehmenden Subfonds entnommen.

Des Weiteren, soweit dies mit der Anlagepolitik der betreffenden Subfonds zu vereinbaren ist, kann der Verwaltungsrat mit Blick auf eine effiziente Verwaltung bestimmen, dass das ganze oder ein Teil des Vermögens eines oder mehrerer Subfonds im Rahmen des „Co-Management“ gemeinsam mit dem Vermögen anderer OGA, wie im Rechtsprospekt beschrieben, verwaltet wird.

Die vorstehenden Regelungen gelten in diesem Fall mutatis mutandis.

Unvereinbarkeitsbestimmungen

Artikel 18.- Kein Vertrag oder sonstige Tätigkeit zwischen der Gesellschaft und irgendeiner anderen Gesellschaft oder Firma wird durch den Umstand beeinträchtigt oder ungültig, dass ein oder mehrere Verwaltungsratsmitglieder oder Geschäftsführer der Gesellschaft in einer anderen Gesellschaft Verwaltungsratsmitglied, Aktionäre, Geschäftsführer oder Angestellter oder sonst wie persönlich an einer solchen Gesellschaft oder Firma beteiligt sind.

Jedes Verwaltungsratsmitglied oder jedes andere Organ der Gesellschaft, das als Verwaltungsratsmitglied, Aktionäre, Geschäftsführer oder Angestellter einer anderen Gesellschaft oder Firma dient, mit der die Gesellschaft vertragliche Beziehungen eingeht oder sonst wie Geschäfte tätigt, ist infolge einer solchen Verbindung mit der anderen Gesellschaften oder Firma, nicht verhindert für die Gesellschaft tätig zu sein und über deren Rechtsgeschäfte zu entscheiden.

Falls ein Verwaltungsratsmitglied oder ein Geschäftsführer der Gesellschaft oder ein sonstiges Mitglied eines gemäß Artikel 18 dieser Satzung konstituierten Gremiums mittelbar oder unmittelbar ein vermögensrechtliches Interesse an einem Geschäft der Gesellschaft hat, muss er dieses vermögensrechtliche Interesse dem Verwaltungsrat zur Kenntnis bringen und darf sich nicht mit solchen Geschäften befassen oder darüber abstimmen. Derartige Rechtsgeschäfte und Interessen eines Verwaltungsratsmitglieds oder Geschäftsführers oder eines sonstigen Mitgliedes eines gemäß Artikel

18 dieser Satzung konstituierten Gremiums sind bei der nächsten Generalversammlung bzw. Sitzung des Verwaltungsrates offenzulegen.

Die vorstehenden Bestimmungen werden nicht angewandt, wenn die betreffenden Geschäfte im Rahmen des alltäglichen Geschäftsgangs zu üblichen Bedingungen ausgeführt werden.

Freistellung

Artikel 19.- Die Gesellschaft wird jedes Verwaltungsratsmitglied oder jeden Geschäftsführer, oder deren Erben, Testamentsvollstrecker oder Verwalter von allen vernünftigerweise aufgewandten Kosten im Zusammenhang mit irgendeinem Rechtsstreit / Klage oder gerichtlichen Verfahren freistellen, in das sie als Partei einbezogen wurden, als Folge ihrer Eigenschaft als aktives oder vormaliges Verwaltungsratsmitglied oder als Geschäftsführer der Gesellschaft oder, auf Verlangen der Gesellschaft, aufgrund einer Funktion bei einem anderen Unternehmen, mit dem die Gesellschaft vertraglich verbunden ist oder dessen Gläubiger sie ist, falls sie bei einem solchen Rechtsstreit oder Klage nicht von jeder Verantwortung freigestellt werden. Ausgenommen sind Vorkommnisse, für welche sie rechtskräftig aufgrund einer Klage oder einem Rechtsverfahren wegen grober Fahrlässigkeit oder schlechter Geschäftsführung verurteilt werden. Im Falle eines Vergleichs wird Schadenersatz nur im Zusammenhang mit Angelegenheiten geleistet, die durch den Vergleich gedeckt sind und hinsichtlich welcher die Gesellschaft von ihren Rechtsanwälten eine Bestätigung bekommt, dass die haftungspflichtige Person keine Pflichtverletzung trifft. Die vorstehenden Rechte auf Freistellung schließen andere Rechte nicht aus, auf die vorgenannten Personen einen berechtigten Anspruch haben.

Vertretung

Artikel 20.- Die Gesellschaft wird durch die gemeinsamen Unterschriften von zwei Verwaltungsratsmitgliedern der Gesellschaft verpflichtet oder – falls der Verwaltungsrat entsprechende Beschlüsse gefasst hat – durch gemeinsame Unterschriften eines Verwaltungsrats mit einem Geschäftsführer, Prokuristen oder anderen Bevollmächtigten bzw. durch die Einzel- oder gemeinsame Unterschrift solcher bevollmächtigter Personen für bestimmte Einzelgeschäfte oder Geschäftsbereiche, denen dazu durch Verwaltungsratsbeschluss oder durch zwei Verwaltungsratsmitglieder die entsprechenden Befugnisse erteilt wurden.

Wirtschaftsprüfer

Artikel 21.- Die Generalversammlung der Gesellschaft ernennt einen Wirtschaftsprüfer („réviseur d'entreprise agréé“), der die in Artikel 154 des Gesetzes von 2010 beschriebenen Pflichten gegenüber der Gesellschaft wahrnimmt.

Rücknahme und Umtausch von Anteilen

Artikel 22.-

Rücknahme

Wie nachfolgend im Einzelnen geregelt, hat die Gesellschaft das Recht, ihre Anteile jederzeit innerhalb der durch das Gesetz vorgesehenen Einschränkung bezüglich des Mindestkapitals zurückzukaufen.

Jeder Aktionär kann beantragen, dass die Gesellschaft sämtliche oder einen Teil seiner Anteile zurückkauft, unter dem Vorbehalt, des Aufschubs von Rücknahmen (wie nachstehend definiert).

Der Verwaltungsrat kann beschließen, die Rücknahme oder den Umtausch von Anteilen aufzuschieben, wenn bei der Gesellschaft an einem Bewertungstag oder über einen im Prospekt definierten Zeitraum von mehreren Bewertungstagen Rücknahme- oder Umtauschgesuche eingehen, die einen in Prospekt festgelegten Prozentsatz der ausstehenden Anteile eines Subfonds übersteigen. Der Verwaltungsrat definiert die maximale Dauer des Aufschubs im Prospekt. Diese Rücknahme- und Umtauschanträge werden gegenüber später eingegangenen Anträgen bevorzugt behandelt.

Soweit nichts anderes im Rechtsprospekt bestimmt ist, wird der Rücknahmepreis üblicherweise innerhalb von fünf Bankarbeitstagen in Luxemburg nach dem betreffenden Bewertungstag bezahlt. Der Rücknahmepreis wird auf der Grundlage des Inventarwerts pro Anteil des jeweiligen Subfonds bzw. der betreffenden Anteilskategorie in Übereinstimmung mit den Vorschriften des Artikels 25 dieser Satzung berechnet, abzüglich einer Rücknahmegebühr, die vom Verwaltungsrat jeweils beschlossen und im Rechtsprospekt beschrieben wird.

Sollte im Falle von Rücknahmen aufgrund von außergewöhnlichen Umständen die Liquidität des Anlagevermögens eines Subfonds nicht für die Zahlung innerhalb dieses Zeitraums ausreichen, wird die Zahlung so bald wie möglich durchgeführt werden, jedoch, soweit rechtlich zulässig, ohne Zinsen.

Der Antrag auf Rücknahme der Anteile ist vom Aktionär schriftlich direkt an die Gesellschaft oder an eine der Vertriebsstellen bis zu dem im Rechtsprospekt festgelegten Zeitpunkt vor dem Bewertungstag zu richten, an dem die Anteile zurückgegeben werden sollen. Ein ordnungsgemäß erteilter Rücknahmeantrag ist unwiderruflich, außer im Falle und während einer Aussetzung oder Aufschiebung der Rücknahme. Zurückgenommene Anteile werden annulliert.

Umtausch

Jeder Aktionär kann grundsätzlich den gänzlichen oder teilweisen Umtausch seiner Anteile in Anteile eines anderen Subfonds an einem für beide Subfonds geltenden Bewertungstag sowie innerhalb eines Subfonds einen Umtausch zwischen verschiedenen Anteilskategorien beantragen, gemäß einer im Rechtsprospekt beschriebenen Umtauschformel und nach den Grundsätzen und gegebenenfalls Einschränkungen, wie sie vom Verwaltungsrat für jeden Subfonds festgelegt worden sind.

Der Verwaltungsrat ist berechtigt, den Umtausch der Anteile eines Subfonds in Anteile eines anderen Subfonds oder innerhalb eines Subfonds in andere Anteilskategorien Einschränkungen und Bedingungen zu unterwerfen, die im geltenden Rechtsprospekt dargelegt sind. Dabei kann der Verwaltungsrat insbesondere:

- die Frequenz von Umtauschanträgen begrenzen;
- den Umtausch von Anteilskategorien bzw. in Anteile unterschiedlicher Subfonds mit einer Gebühr belasten;
- den Umtausch zwischen Anteilskategorien innerhalb eines Subfonds ausschließen.

Liquidation

Sofern, gleich aus welchem Grund, der Inventarwert der Vermögenswerte eines Subfonds unter einen bestimmten Betrag sinkt bzw. diesen Betrag nicht erreicht, welcher vom Verwaltungsrat als angemessenes Mindestvolumen für den betreffenden Subfonds festgelegt ist, oder, falls der Verwaltungsrat es für angebracht hält, wegen Veränderungen der wirtschaftlichen oder politischen Gegebenheiten, welche für den betreffende Subfonds von Einfluss sind, oder falls es im Interesse der Aktionäre ist, kann der Verwaltungsrat alle (aber nicht nur einige) Anteile des betreffenden Subfonds zu einem Rücknahmepreis, welcher die vorweggenommenen Realisations- und Liquidationskosten für die Schließung des betreffenden Subfonds widerspiegelt, jedoch ohne eine sonstige Rücknahmegebühr, zurücknehmen

Die Schließung eines Subfonds verbunden mit der zwangsweisen Rücknahme aller betreffenden Anteile aus anderen Gründen, als den im vorherigen Absatz angegebenen, kann nur mit dem vorherigen Einverständnis der Aktionäre dieses zu schließenden Subfonds auf einer ordnungsgemäß einberufenen getrennten Versammlung der Aktionäre des betroffenen Subfonds, welche wirksam ohne Quorum gehalten wird und mit einer Mehrheit von 50 % der anwesenden oder vertretenen Anteile entscheiden kann, beschlossen werden.

Sofern ein Subfonds Feeder eines anderen OGAW (oder eines Subfonds eines solchen) ist, führt die Liquidation oder Verschmelzung dieses anderen OGAW (oder dessen Subfonds) zur Liquidation des Feeders, es sei denn, der Feeder ändert mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde seine Anlagepolitik im Rahmen der Grenzen des Teils 1 des Gesetzes von 2010. Eine solche Möglichkeit ist erst dann eröffnet, wenn dies ausdrücklich im Rechtsprospekt eingeführt wird.

Liquidationserlöse, welche den Aktionären bei der Beendigung der Liquidation eines Subfonds nicht ausgezahlt werden konnten, werden bei der Caisse de Consignation in Luxemburg hinterlegt und verfallen nach dreißig (30) Jahren.

Die Gesellschaft hat die Aktionäre durch Veröffentlichung einer Mitteilung in einem vom Verwaltungsrat zu bestimmenden Publikationsorgan über die Liquidation zu informieren. Sind alle betroffenen Aktionäre und ihre Adressen der Gesellschaft bekannt, so kann die Mitteilung mittels Brief an diese Adressaten erfolgen.

Verschmelzung

Der Verwaltungsrat kann ferner jeden Subfonds mit einem anderen Subfonds der Gesellschaft oder mit einem anderen OGAW gemäß Richtlinie 2009/65/EG oder einem Subfonds eines solchen verschmelzen.

Eine vom Verwaltungsrat beschlossene Verschmelzung, welche gemäß den Bestimmungen von Kapitel 8 des Gesetzes von 2010 durchzuführen ist, ist für die Aktionäre des betreffenden Subfonds nach Ablauf einer dreißigtägigen Frist von der diesbezüglichen Unterrichtung der betreffenden Aktionäre an bindend. Die vorgenannte Frist endet fünf (5) Bankarbeitstage vor dem für die Verschmelzung maßgebenden Bewertungstag.

Die Gesellschaft hat die Aktionäre durch Veröffentlichung einer Mitteilung in einem vom Verwaltungsrat zu bestimmenden Publikationsorgan über die Verschmelzung zu informieren. Sind alle betroffenen Aktionäre und ihre Adressen der Gesellschaft bekannt, so kann die Mitteilung mittels Brief an diese Adressaten erfolgen.

Ein Antrag eines Aktionärs auf Rücknahme seiner Anteile während der Frist darf nicht mit einer Rücknahmegebühr belastet werden, mit Ausnahme der von der Gesellschaft zurückbehaltenen Beträge zur Deckung von Kosten im Zusammenhang mit Desinvestitionen.

Eine Verschmelzung eines oder mehrerer Subfonds, infolge derer die Gesellschaft zu existieren aufhört, muss von der Generalversammlung beschlossen werden und vom Notar festgehalten werden. Für solche Beschlüsse ist kein Quorum erforderlich, und es genügt die einfache Mehrheit der anwesenden oder vertretenen Aktionäre.

Bewertungen und Aussetzungen von Bewertungen

Artikel 23.- Der Inventarwert der Vermögen der Gesellschaft, der Inventarwert je Anteil jedes Subfonds und, sofern anwendbar, die Inventarwerte der innerhalb eines Subfonds ausgegebenen Anteilkategorie (zusammen, „**Inventarwert**“) werden in der betreffenden Währung an jedem Bewertungstag – wie nachfolgend definiert – bestimmt, außer in den nachstehend beschriebenen Fällen einer Aussetzung. Bewertungstag für jeden Subfonds ist jeder Bankarbeitstag in Luxemburg, welcher zugleich kein gewöhnlicher Feiertag für die Börsen oder anderen Märkte ist, die für einen wesentlichen Teil des Inventarwerts des entsprechenden Subfonds die Bewertungsgrundlage darstellen, wie von der Gesellschaft bestimmt, sofern im Rechtsprospekt bezüglich eines bestimmten Subfonds nichts anderes vorgesehen ist. Jedoch muss mindestens zweimal pro Monat an einem Bankarbeitstag in Luxemburg ein Bewertungstag festgesetzt werden.

Die Gesellschaft kann die Berechnung des Inventarwertes jedes Subfonds, sowie die Ausgabe, die Rücknahme und den Umtausch von Anteilen dieses Subfonds, ebenso wie den Umtausch von und in Anteile eines Subfonds zeitweilig aussetzen:

- a) wenn eine oder mehrere Börsen oder andere Märkte, die für einen wesentlichen Teil des Inventarwertes die Bewertungsgrundlagen darstellen, (außer an gewöhnlichen Feiertagen) geschlossen sind oder der Handel ausgesetzt wird; oder
- b) wenn es nach Ansicht des Verwaltungsrates aufgrund besonderer Umstände unmöglich ist, Vermögenswerte zu verkaufen oder zu bewerten; oder
- c) wenn die normalerweise zur Kursbestimmung eines Wertpapiers des entsprechenden Subfonds eingesetzte Kommunikationstechnik zusammengebrochen oder nur bedingt einsatzfähig ist; oder
- d) wenn die Überweisung von Geldern zum Kauf oder zur Veräußerung von Kapitalanlagen der Gesellschaft unmöglich ist; oder
- e) sofern ein Subfonds Feeder eines anderen OGAW (oder eines Subfonds eines solchen) ist, wenn und solange dieser andere OGAW (oder dessen Subfonds) zeitweilig die Ausgabe oder Rücknahme seiner Anteile ausgesetzt hat; oder
- f) im Falle einer Verschmelzung eines Subfonds mit einem anderen Subfonds oder mit einem anderen OGAW (oder einem Subfonds eines solchen), sofern dies zum Zweck des Schutzes der Aktionäre gerechtfertigt erscheint; oder

g) wenn aufgrund nicht vorhersehbarer Umstände umfangreiche Rücknahmeanträge eingegangen sind und dadurch die Interessen der im Subfonds verbleibenden Aktionäre nach Ansicht des Verwaltungsrats gefährdet sind; oder

h) im Fall einer Entscheidung, die Gesellschaft zu liquidieren, am oder nach dem Tag der Veröffentlichung der ersten Einberufung einer Generalversammlung der Aktionäre zu diesem Zweck.

Bei Eintritt eines Ereignisses, welches die Liquidation der Gesellschaft zur Folge hat, oder nach Eingang einer entsprechenden Anordnung der CSSF, wird die Gesellschaft die Ausgabe, Rücknahme und den Umtausch von Anteilen unverzüglich einstellen.

Aktionäre, die ihre Anteile zur Rücknahme oder zum Umtausch angeboten haben, werden innerhalb von sieben Tagen schriftlich über die Aussetzung sowie unverzüglich über die Beendigung derselben benachrichtigt.

Die Aussetzung der Ausgabe bzw. Rücknahme und des Umtauschs von Anteilen irgendeines Subfonds hat keine Auswirkung auf die Berechnung des Inventarwertes, die Ausgabe, Rücknahme und Umtausch von Anteilen eines anderen Subfonds.

Festlegung des Inventarwertes

Artikel 24.- Der Inventarwert je Anteil jedes Subfonds, und soweit anwendbar, der Inventarwert der innerhalb eines Subfonds ausgegebenen Anteilskategorien wird in der betreffenden Währung an jedem Bewertungstag bestimmt, indem der gesamte Inventarwert der Aktiva des betreffenden Subfonds oder der betreffenden Anteilskategorie durch die Anzahl der sich im Umlauf befindlichen Anteile dieses Subfonds oder dieser Anteilskategorie dividiert wird. Der gesamte Inventarwert des betreffenden Subfonds oder der betreffenden Anteilskategorie repräsentiert dabei den Marktwert der ihr zugeordneten Vermögenswerte abzüglich der Verbindlichkeiten.

Bewertungsvorschriften

Artikel 25.- Die Bewertung der Inventarwerte der verschiedenen Subfonds erfolgt in folgender Weise:

(A) Aktiva

Die Aktiva der Gesellschaft beinhalten folgendes:

a) sämtliche verfügbaren Kassenbestände bzw. auf Konto, zuzüglich aufgelaufene Zinsen;

b) alle Wechsel und andere Guthaben auf Sicht (inklusive der Erlöse von Wertpapierverkäufen, die noch nicht gutgeschrieben sind);

c) alle Wertpapiere (Aktien, fest- und variabel verzinsliche Wertpapiere, Obligationen, Options- oder Subskriptionsrechte, Optionsscheine und andere Anlagen und Wertpapiere im Besitz der Gesellschaft);

d) alle Dividenden und fälligen Ausschüttungen zugunsten der Gesellschaft in bar oder in anderer Form, soweit der Gesellschaft bekannt, unter Voraussetzung, dass die Gesellschaft die Bewertungsveränderung im Marktwert der Wertpapiere infolge der Handelspraktiken wie z.B. im Handel ex Dividende bzw. ex Bezugsrechte anpassen muss;

e) alle aufgelaufenen Zinsen auf verzinsliche Wertpapiere, die die Gesellschaft hält, soweit nicht solche Zinsen in der Hauptforderung enthalten sind;

f) alle finanziellen Rechte, die sich aus dem Einsatz derivativer Instrumente ergeben;

g) die vorläufigen Aufwendungen der Gesellschaft, soweit diese nicht abgeschrieben wurden, unter der Voraussetzung, dass solche vorläufigen Aufwendungen direkt vom Kapital der Gesellschaft abgeschrieben werden dürfen; und

h) alle anderen Aktiva jeder Art und Zusammensetzung, inklusive vorausbezahlte Aufwendungen.

Der Wert solcher Anlagewerte wird wie folgt festgelegt:

1) Der Wert von frei verfügbaren Kassenbeständen bzw. Einlagen, Wechsel und Sichtguthaben, vorausbezahlte Aufwendungen, Bardividenden und Zinsen gemäß Bestätigung oder aufgelaufen, aber nicht eingegangen, wie oben dargestellt, soll zum vollen Betrag verbucht werden, es sei denn aus irgendeinem Grund sei die Zahlung wenig wahrscheinlich oder nur ein Teil einbringlich, weshalb der Wert hiervon nach Reduktion eines Abschlages ermittelt werden soll, nach Gutdünken der Gesellschaft, mit dem Zwecke, den effektiven Wert zu ermitteln.

2) Zum Anlagevermögen gehörende Wertpapiere, die amtlich notiert sind oder an einem anderen geregelten Markt gehandelt werden, werden zum letzten verfügbaren Kurs an dem Hauptmarkt, an dem diese Wertpapiere gehandelt werden, bewertet. Dabei können die Dienste eines von dem Verwaltungsrat genehmigten Kursvermittlers in Anspruch genommen werden. Wertpapiere, deren Kurs nicht marktgerecht ist, sowie alle anderen zulässigen Anlagewerte (einschließlich Wertpapiere, die nicht an einer Börse amtlich notiert sind oder an einem geregelten Markt gehandelt werden), werden zu ihren wahrscheinlichen Realisierungswerten eingesetzt, die nach Treu und Glauben durch oder unter der Leitung der Gesellschaft bestimmt werden.

3) Alle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten, die nicht auf die Währung des entsprechenden Subfonds lauten, werden in die Währung des betreffenden Subfonds zu dem am Bewertungszeitpunkt von einer Bank oder einem anderen verantwortlichen Finanzinstitut mitgeteilten Wechselkurs umgerechnet.

4) Anteile, die von OGA des offenen Typs ausgegeben werden, sind mit ihrem zuletzt verfügbaren Inventarwert zu bewerten. Abweichend hiervon werden OGA des offenen Typs, welche zugleich als *Exchange Traded Funds* (ETF) qualifizieren, mit ihrem Börsenschlusskurs am Ort ihrer Notierung bewertet.

5) Der Veräußerungswert von Termin- (Futures/Forwards) oder Optionsverträgen, die nicht an einer Börse oder an einem anderen organisierten Markt gehandelt werden, ist gemäß den vom Verwaltungsrat festgelegten Richtlinien und in gleichbleibender Weise zu bewerten. Der Veräußerungswert von Termin- oder Optionsverträgen, die an einer Börse oder an anderen organisierten Märkten gehandelt werden, ist auf der Basis des zuletzt verfügbaren Abwicklungspreises für diese Verträge an Börsen und organisierten Märkten zu bewerten, an denen Termin- oder Optionsverträge dieser Art gehandelt werden; dies gilt mit der Maßgabe, dass bei Termin- oder Optionsverträgen, die nicht an einem Bewertungstag veräußert werden konnten, der vom Verwaltungsrat als angemessen und adäquat angesehene Wert die Basis für die Ermittlung des Veräußerungswertes dieses Vertrages ist.

6) Die Bewertung liquider Mittel und Geldmarktinstrumente kann zum jeweiligen Nennwert zuzüglich aufgelaufener Zinsen oder unter Berücksichtigung der planmäßig abbeschriebenen historischen Kosten erfolgen. Die letztgenannte Bewertungsmethode kann dazu führen, dass der Wert zeitweilig von dem Kurs abweicht, den die Gesellschaft beim Verkauf der Anlage erhalten würde. Die Gesellschaft wird diese Bewertungsmethode jeweils prüfen und nötigenfalls Änderungen empfehlen, um sicherzustellen, dass die Bewertung dieser Vermögenswerte zu ihrem angemessenen Wert erfolgt, der in gutem Glauben gemäß den vom Verwaltungsrat vorgeschriebenen Verfahren ermittelt wird. Ist die Gesellschaft der Auffassung, dass eine Abweichung von den planmäßig abbeschriebenen historischen Kosten je Anteil zu erheblichen Verwässerungen oder sonstigen den Anteilinhabern gegenüber unangemessenen Ergebnissen führen würde, so muss sie ggf. Korrekturen vornehmen, die sie als angemessen erachtet, um Verwässerungen oder unangemessene Ergebnisse auszuschließen oder zu begrenzen, soweit dies in angemessenem Rahmen möglich ist.

7) Die Swap-Transaktionen werden regelmäßig auf Basis der von der Swap-Gegenpartei erhaltenen Bewertungen bewertet. Bei den Werten kann es sich um den Geld- oder Briefkurs oder den Mittelkurs handeln, wie gemäß den von dem Verwaltungsrat festgelegten Verfahren in gutem Glauben bestimmt. Spiegeln diese Werte nach Auffassung des Verwaltungsrats den angemessenen Marktwert

der betreffenden Swap-Transaktionen nicht wider, wird der Wert dieser Swap-Transaktionen von dem Verwaltungsrat in gutem Glauben oder gemäß einer anderen dem Verwaltungsrat nach eigenem Ermessen geeignet erscheinenden Methode bestimmt.

8) Wird aufgrund besonderer Umstände, wie zum Beispiel versteckter Kreditrisiken, eine Bewertung nach Maßgabe der vorstehenden Regeln undurchführbar oder unrichtig, ist die Gesellschaft berechtigt, andere allgemein anerkannte, von Wirtschaftsprüfern nachprüfbare Bewertungsgrundsätze anzuwenden, um eine angemessene Bewertung des Anlagevermögens zu erzielen.

(B) Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten der Gesellschaft sollen folgendes beinhalten:

a) alle Kreditaufnahmen, Wechsel und andere fälligen Beträge;

inklusive Sicherheitshinterlagen wie margin accounts etc. im Zusammenhang mit dem Einsatz von derivativen Instrumenten; und

b) alle fälligen bzw. aufgelaufenen administrativen Aufwendungen inklusive der Gründungs- und Registrierungskosten bei den Regierungsstellen wie auch Rechtsberatungsgebühren, Prüfungsgebühren, alle Gebühren bzw. Entschädigungen der Anlageberater, der Anlageverwalter, der Depotstelle, Vertriebsstellen und aller anderen Repräsentanten und Agenten der Gesellschaft, die Kosten der Pflichtveröffentlichungen und des Rechtsprospekts, der Geschäftsabschlüsse und anderer Dokumente, die den Aktionären verfügbar gemacht werden. Weichen die zwischen der Gesellschaft und den von ihr hinzugezogenen Dienstleistungserbringern wie Anlageberater, Anlageverwalter, Vertriebsträger oder, Depotbank vereinbarten Gebührensätze für solche Dienstleistungen bezüglich einzelner Subfonds voneinander ab, so sind die entsprechenden unterschiedlichen Gebühren ausschließlich den jeweiligen Subfonds zu belasten. Marketing- und Werbungsaufwendungen dürfen nur im Einzelfall durch Beschluss des Verwaltungsrats einem Subfonds belastet werden; und

c) alle fälligen und noch nicht fälligen bekannten Verbindlichkeiten inklusive der erklärten aber noch nicht bezahlten Dividenden; und

d) ein angemessener für Steuerzwecke zurückgestellter Betrag, berechnet auf den Tag der Bewertung sowie andere Rückstellungen oder Reserven, die vom Verwaltungsrat genehmigt sind; und

e) alle anderen Verbindlichkeiten der Gesellschaft irgendwelcher Natur gegenüber dritten Parteien;

Jegliche Verbindlichkeit irgendwelcher Natur gegenüber dritten Parteien ist auf den/die betreffenden Subfonds beschränkt.

Zum Zwecke der Bewertung ihrer Verbindlichkeiten kann die Gesellschaft alle administrativen und sonstigen Aufwendungen mit regelmäßigem bzw. periodischem Charakter mit einbeziehen, indem sie diese für das gesamte Jahr oder jede andere Periode bewertet und den sich ergebenden Betrag proportional auf die jeweilige aufgelaufene Zeitperiode aufteilt. Diese Bewertungsmethode darf sich nur auf administrative und sonstige Aufwendungen beziehen, die alle Subfonds gleichmäßig betreffen.

(C) Zuordnung der Aktiva und Passiva

Für jeden Subfonds wird der Verwaltungsrat in folgender Weise ein Anlagevermögen erstellen:

a) Der Erlös der Zuteilung und Ausgabe von Anteilen jedes Subfonds soll in den Büchern der Gesellschaft demjenigen Anlagevermögen zugeordnet werden, für das dieser Subfonds eröffnet worden ist und die entsprechenden Anlagewerte und Verbindlichkeiten sowie Einkünfte und Aufwendungen sollen diesem Anlagevermögen gemäß den Richtlinien dieses Artikels zugeordnet werden.

b) Wenn irgendein Anlagewert von einem anderen Aktivum abgeleitet worden ist, sollen derartige abgeleitete Aktiva in den Büchern der Gesellschaft dem gleichen Subfonds zugeordnet werden, wie die Aktiva, von denen sie herkommen und bei jeder neuen Bewertung eines Anlagewerts wird der Wertzuwachs bzw. Wertverlust dem betreffenden Subfonds zugeordnet.

c) Falls die Gesellschaft eine Verbindlichkeit eingegangen ist, die in Beziehung zu irgendeinem Aktivum eines bestimmten Subfonds oder zu irgendeiner Aktivität in Zusammenhang mit einem Aktivum irgendeines Subfonds steht, wird diese Verbindlichkeit dem betreffenden Subfonds zugeordnet.

d) Falls ein Anlagewert oder eine Verbindlichkeit der Gesellschaft nicht als eine einem bestimmten Subfonds zuzuordnende bestimmte Größe angesehen werden kann und auch nicht alle Subfonds gleichmäßig betrifft, kann der Verwaltungsrat nach Treu und Glauben solche Anlagewerte oder Verbindlichkeiten zuordnen;

e) Ab dem Tage an dem eine Dividende für einen Subfonds erklärt wird, ermäßigt sich der Inventarwert dieses Subfonds um den Dividendenbetrag, vorbehaltlich jedoch immer der Regelungen für den Verkauf und Rücknahmepreis der Anteile jedes Subfonds wie in dieser Satzung dargelegt.

(D) Allgemeine Bestimmungen

Für den Zweck der Bewertung im Rahmen dieses Artikels gilt folgendes:

a) Anteile, die gemäß Artikel 22 dieser Satzung zurückgekauft werden, sollen als bestehende behandelt und eingebucht werden bis unmittelbar nach dem durch den Verwaltungsrat oder dessen Bevollmächtigten festgelegten Zeitpunkt, an dem eine solche Bewertung durchgeführt wird, und von diesem Zeitpunkt an bis der Preis hierfür bezahlt ist werden sie als eine Verbindlichkeit der Gesellschaft behandelt;

b) alle Anlagen, Kassenbestände und übrigen Aktiva irgendeines Anlagevermögens, die nicht auf die Währung dieses Subfonds lauten, werden unter Berücksichtigung ihres Marktwertes zu dem an dem Tag der Inventarwertberechnung geltenden Wechselkurs umgerechnet; und

c) an jedem Bewertungstag müssen alle Käufe und Verkäufe von Wertpapieren, die durch die Gesellschaft an eben diesem Bewertungstag kontrahiert wurden, soweit möglich, in die Bewertung mit einbezogen werden.

Verkaufspreis und Rücknahmepreis

Artikel 26.- Wann immer die Gesellschaft Anteile zur Zeichnung anbietet, muss der Preis der angebotenen Anteile auf dem Inventarwert (wie oben definiert) des jeweiligen Subfonds bzw. der jeweiligen Anteilskategorie basieren, erhöht um eine Verkaufsgebühr, die vom Verwaltungsrat jeweils bestimmt und im geltenden Rechtsprospekt der Gesellschaft angegeben wird. Die Verkaufsgebühr ist ganz oder teilweise an die Vertriebsstellen oder an die Gesellschaft zu zahlen, wobei diese Verkaufsgebühren sich nach den jeweiligen Gesetzen richten und ein vom Verwaltungsrat beschlossenes Maximum nicht überschreiten dürfen und für jeden Subfonds bzw. jede Anteilskategorie unterschiedlich sein können, aber innerhalb eines Subfonds bzw. einer Anteilskategorie müssen alle Zeichnungsanträge an demselben Ausgabetag gleich behandelt werden, soweit die betreffende Verkaufsgebühr der Gesellschaft zusteht. Der so errechnete Preis („Verkaufspreis“) ist innerhalb eines vom Verwaltungsrat zu beschließenden Zeitraums von nicht mehr als sieben (7) Luxemburger Bankarbeitstagen nach Zuteilung der Anteile zahlbar, sofern im Rechtsprospekt nicht anderweitig bestimmt. Ausnahmsweise kann der Verkaufspreis mit Zustimmung des Verwaltungsrats und in Übereinstimmung mit allen anwendbaren Gesetzen insbesondere mittels einer Sonderbewertung der betreffenden Sacheinlagen, welche durch den Wirtschaftsprüfer bestätigt wird, der Gesellschaft derart geleistet werden, dass der Gesellschaft vom Erwerber in Übereinstimmung mit der Anlagepolitik und den Anlagebeschränkungen Wertpapiere übertragen werden.

Bei jeder Rücknahme von Anteilen wird der Anteilspreis zu dem diese Anteile zurückgenommen werden, aufgrund des Inventarwertes des jeweiligen Subfonds bzw. der jeweiligen Anteilskategorie berechnet, ermäßigt um eine Rücknahmegebühr, die vom Verwaltungsrat jeweils bestimmt und im geltenden Rechtsprospekt der Gesellschaft angegeben wird. Die Rücknahmegebühr

ist ganz oder teilweise an die vermittelnden Verkaufsagenten zu zahlen, wobei diese Rücknahmegebühr für jeden Subfonds bzw. jede Anteilskategorie unterschiedlich sein kann. Der so definierte Preis („Rücknahmepreis“) wird gemäß Artikel 22 dieser Satzung ausgezahlt.

Die Auszahlung des Rücknahmepreises kann auch in besonderen Fällen auf Antrag oder mit Zustimmung des betreffenden Aktionärs mittels einer Sachausschüttung (Sachauslage) erfolgen, deren Bewertung vom Wirtschaftsprüfer der Gesellschaft zu bestätigen ist und wobei die Gleichbehandlung aller Aktionäre sichergestellt sein muss.

Rechnungsjahr

Artikel 27.- Das Rechnungsjahr der Gesellschaft beginnt am 1. Juli eines Jahres und endet am 30. Juni des folgenden Jahres.

Die Jahresabschlüsse der Gesellschaft erfolgen in Schweizer Franken. Falls gemäß Artikel 5 dieser Satzung verschiedene Subfonds bestehen, deren Anteilswerte in anderen Währungen als Schweizer Franken ausgedrückt werden, werden diese in Schweizer Franken umgerechnet und in dem konsolidierten geprüften Jahresabschluss in Schweizer Franken ausgedrückt, einschließlich der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung, der mit dem Bericht des Verwaltungsrats allen Aktionären fünfzehn (15) Tage vor jeder Generalversammlung zur Verfügung gehalten wird.

Gewinnverteilung

Artikel 28.- Die getrennten Versammlungen der Aktionäre der einzelnen Subfonds beschließen auf Antrag des Verwaltungsrats jährlich über die Ausschüttungen durch die Gesellschaft. Die Gesellschaft kann Ausschüttungen vornehmen, insoweit das unter Artikel 5 dieser Satzung oben definierte Mindestkapital der Gesellschaft nicht unterschritten wird.

Wenn Dividenden für die ausschüttenden Anteile eines Subfonds erklärt werden, werden die Verkaufs- und Rücknahmepreise der ausschüttenden Anteile dieses Subfonds angepasst. Bei den thesaurierenden Anteilen erfolgen keine Ausschüttungen. Vielmehr wird der den thesaurierenden Anteilen zugeordnete Wert zugunsten ihrer Aktionäre reinvestiert.

Zwischendividenden können zu jeder Zeit durch Verwaltungsratsbeschluss ausbezahlt werden, insoweit das unter Artikel 5 dieser Satzung oben definierte Mindestkapital der Gesellschaft nicht unterschritten wird.

Falls Dividenden erklärt werden, werden diese grundsätzlich in der Währung des betreffenden Subfonds bezahlt, können jedoch auch in einer anderen, vom Verwaltungsrat zu beschließenden Währung, an den von demselben festgelegten Orten und Zeiten bezahlt werden. Der Verwaltungsrat

kann den zur Umrechnung der Dividendenbeträge in die Währung ihrer Zahlung anwendbaren Wechselkurs festlegen.

Ausschüttung bei Auflösung

Artikel 29.- Falls die Gesellschaft aufgelöst wird, erfolgt die Liquidation durch einen oder mehrere Liquidatoren, die von der Generalversammlung benannt werden, die eine solche Auflösung beschließt und Vollmachten und Entgelte festlegt. Der Nettoerlös der Liquidation bezogen auf jeden Subfonds bzw. jede Anteilskategorie wird unter den Aktionären jedes Subfonds und jeder Anteilskategorie im Verhältnis ihrer Anteile in den bezüglichen Subfonds bzw. Anteilskategorien aufgeteilt.

Satzungsänderung

Artikel 30.- Diese Satzung kann jederzeit durch Beschluss der Aktionäre der Gesellschaft abgeändert oder ergänzt werden, vorausgesetzt, dass die im Gesetz von 1915 vorgesehenen Bedingungen über die Beschlussfähigkeit und die Mehrheiten in der Abstimmung eingehalten werden. Alle Änderungen der Rechte von Aktionären eines Subfonds im Verhältnis zu denjenigen eines anderen Subfonds können nur erfolgen, falls diese mit den im Gesetz von 1915 für Satzungsänderungen vorgesehenen Bedingungen auch im betroffenen Subfonds erfüllt sind.

Allgemein

Artikel 31.- Alle Angelegenheiten, die nicht durch diese Satzung geregelt sind, werden gemäß dem Gesetz von 1915 und dem Gesetz von 2010 geregelt.

THIS DOCUMENT IS A TRANSLATION - THE ORIGINAL GERMAN VERSION IS THE ONLY LEGALLY BINDING VERSION AND WILL PREVAIL.

«GAM MULTISTOCK»

Société d'investissement à Capital Variable

L-1661 Luxembourg

25, Grand-Rue

R.C.S. Luxembourg section B number 32188

Established according to a deed received by notary public Joseph KERSCHEN, who at that time was professionally resident in Luxembourg, on December 1, 1989, published in the Mémorial Recueil des Sociétés et Associations C number 21 dated January 19, 1990.

The articles of association were last amended according to a deed received by notary public Henri HELLINCKX, who was professionally resident in Luxembourg, on 30 June 2017 published in the Recueil Electronique des Sociétés et Associations („RESA“) on 20 July 2017.

COORDINATED ARTICLES OF ASSOCIATION

as of 30 June 2017

Company

Article 1 The Company is established as an “investment company with variable capital” (SICAV) under the name “GAM MULTISTOCK” (the “Company”).

Duration

Article 2 The Company is established for an indefinite period. It may be dissolved at any time through a resolution of the shareholders in the Company, provided the resolution is passed in accordance with the procedure in article 30 of these articles of association.

Objects

Article 3 The sole object of the Company consists in investing in all kinds of transferable securities and/or other liquid financial assets within the meaning of Article 41(1) of the Law of 17 December 2010 (the “2010 Law”) concerning undertakings for collective investment, for the purpose of risk diversification as well as for ensuring that the results achieved through the management of assets accrue to the shareholders. The Company may implement all such measures and execute all such transactions as it may deem conducive to the pursuit and development of its object to the extent permitted by the 2010 Law.

Registered office

Article 4 The registered office of the Company shall be in the city of Luxembourg, in the Grand-Duchy of Luxembourg. Branch offices and other representative offices may be established in Luxembourg or other countries following a decision of the Board of Directors of the Company (the “Board of Directors”).

If, in the view of the Board of Directors, circumstances of *force majeure* exist or are about to exist that may adversely affect the normal business activities of the Company at its registered office or its daily contact with persons in foreign countries, the registered office may be temporarily moved to a foreign country until the extraordinary circumstances no longer exist. Such temporary measures shall not affect the nationality of the Company, which shall continue to be registered in Luxembourg.

Capital - Shares

Article 5 The capital of the Company is represented by shares without par value (“Shares”) which shall at all times be equal to the Net Asset Value of the Company (as defined below).

The minimum capital of the Company shall correspond to the equivalent in Swiss francs of one million two hundred and fifty thousand euros (EUR 1.250.000,-). If one or more Sub-funds (as defined below) are invested in shares of other sub-funds of the Company, the value of the relevant shares is not to be taken into account for the purpose of verifying the statutory minimum capital.

The Board of Directors is authorised to issue Shares at an issue price per Share calculated in accordance with Article 26 of these articles of association at any time and without restriction, with no requirement to grant existing shareholders any right to purchase the new Shares. The Board of Directors may transfer to any of its members, to a manager of the Company, or to any legally authorised person the authority to accept subscriptions and receive payments for these new Shares and to deliver such Shares.

Following a decision of the Board of Directors, such Shares may belong to different asset divisions (“Sub-funds”) and, also following a decision of the Board of Directors, may be denominated in different currencies. The Board of Directors may furthermore determine that each Sub-fund may include two or more categories of Shares (“Share Category”) having different characteristics, for example specific distributing or accumulating policies, a specific fee structure or other specific characteristics determined in each case by the Board of Directors and described in the full prospectus (“Full Prospectus” or “Prospectus”) of the Company.

The proceeds from the issue of each Sub-fund shall in accordance with Article 3 of these articles of association be invested in securities (including rights on investments, etc.; hereinafter “Securities”) or in other liquid financial assets that correspond to the investment regulations stipulated by the Board of Directors for the Sub-funds concerned.

The Company may from time to time, by way of a stock split resulting in a decreased Net Asset Value per Share, issue bonus Shares.

In determining the capital of the Company, the Net Asset Value of each Sub-fund not denominated in Swiss francs shall be converted into Swiss francs, such that the capital of the Company is equal to the total of all Net Asset Values of all Sub-funds expressed in Swiss francs.

Shares

Article 6 The Board of Directors will issue solely registered Shares. Bearer Shares shall not be issued. In the case that bearer Shares or certificates for bearer Shares have been issued in the past, the provisions of the Law of 28 July 2014 regarding the immobilisation of bearer shares (“Immobilisierungsgesetz”) shall be applicable.

No certificates will be produced for the shares issued. If a shareholder requests that a confirmation of ownership be issued and sent, the customary costs will be charged to him.

The Company may issue confirmations of ownership in such form as the Board of Directors may determine in each case.

Registered Shares may be issued in fractions of Shares which are rounded up or down according to the provisions of the Company’s currently valid Full Prospectus.

The Company may issue confirmations of ownership in such form as the Board of Directors may determine in each case.

Shares shall be issued on acceptance of the subscription and subject to payment of the purchase price (in accordance with Article 26 of these articles of association). The subscriber shall receive upon request a confirmation of ownership of his Shares within the periods stipulated by law.

Dividends in respect of registered Shares shall be paid to the address of the shareholder as it appears in the register of shareholders (“Register”), or to an address supplied to the Company in writing. In respect of bearer shares issued in the past the provisions of the Immobilisation Law shall be applied.

All shareholders holding issued registered Shares in the Company shall be included in the Register, which shall be kept by the Company or by one or more persons/organisations appointed by the Board of Directors. The Register shall contain the names of the shareholders in registered Shares, their place of domicile or usual residence, and the number, Sub-fund and Share Category of the Shares held. Any transfer or redemption of a registered Share shall be entered in the Register on payment of the usual fee as determined by the Company for such registration.

Shares shall not be subject to limitations with regard to transfer rights and claims in favour of the Company.

Registered Shares shall be transferred by the recording of an entry in the Register or, if applicable, upon physical delivery of the confirmations of ownership or certificates in respect of the Shares (insofar as such have been issued), together with any transfer documentation considered necessary by the Company.

Any notices and announcements from the Company to the shareholders may be sent to the address entered in the Register. In the event that a shareholder does not give his address, a corresponding note may be added to the Register. Accordingly, the Company may proceed on the basis that the address of the shareholder is the registered office of the Company or some other address determined by the Company, until the shareholder gives a different address by means of a written notification. The shareholder may amend the address entered in the Register at any time by giving written notification to the Company at its registered office or at an address determined by the Company.

In the event that fractions of Shares are issued, such fractions of Shares shall be entered in the register. Fractions of Shares shall not give voting rights, but shall entitle the holder to a corresponding proportion of the dividends and liquidation proceeds, to the extent determined by the Company.

Restriction of Share ownership

Article 7 The Board of Directors shall have the authority to impose any restrictions (except restrictions on the transfer of Shares) it considers necessary in order to prevent a person (“Excluded

Person” below) acquiring or holding Shares in the Company or Shares of a particular Sub-fund and/or Share Category, under the following circumstances:

a) if the person has violated the laws or regulations of a country and/or orders by the authorities or, according to the provisions of the Full Prospectus, is excluded from holding Shares in the Company;

b) if, in the opinion of the Board of Directors, the person's ownership of Shares causes the Company to incur tax liabilities or other financial disadvantages which it would not otherwise incur or have incurred.

The Company may accordingly restrict or prohibit ownership of Shares in the Company by an Excluded Person. In this connection the Company may:

a) refuse to issue Shares or to register transfers of Shares until it has determined whether such issue or registration might cause the Shares to be actually owned by an Excluded Person;

b) require at any time that persons registered by name submit to the Register any information the Company considers necessary for the purpose of establishing whether the Shares are or will be actually owned by an Excluded Person;

c) may compulsorily redeem all the Shares held by a shareholder if the Company has reason to believe that an Excluded Person, either alone or together with another person, is the beneficial or registered owner of these Shares and if this person does not transfer the Shares to a person entitled to hold them. The compulsory redemption shall proceed as follows:

(1) the Company shall supply the shareholder considered to be the owner of the transferred Shares with a demand (“Return Demand” below) giving details of the Shares to be returned as described above, the price to be paid for the Shares, and the location at which the purchase price for the Shares is payable. Such Return Demand may be delivered to the shareholder by registered mail to the shareholder's last known address or the address entered in the register. The shareholder, as the case may be, is thereupon required to return to the Company the Share certificates or confirmations of ownership referred to in the Redemption Demand. Immediately after the close of business on the date specified in the Return Demand, the shareholder shall lose his rights of ownership in respect of the Shares detailed in the Return Demand, and his name shall be deleted from the register.

(2) the price (“Redemption Price” below) at which the Shares detailed in the Return Demand are redeemed, shall be equal to the Net Asset Value of the Shares per Sub-

fund and Share Category as calculated in accordance with Article 24 of these articles of association, less any applicable redemption fee in accordance with Article 22 of these articles of association.

(3) payment of the Redemption Price shall be made to the shareholder in the currency of the applicable Sub-fund or Share Category, and the amount shall be deposited by the Company at a bank in Luxembourg or another place (as specified in the Return Demand) to be paid, as the case may be, in return for delivery of the Share certificates or confirmations of ownership or in return for delivery of another proof of ownership considered acceptable by the Company. Once the purchase price has been thus deposited, the person shall lose the rights formerly possessed, as stated in these articles of association and the Full Prospectus, as well as all other rights to the Shares, and shall lose any claims against the Company or its assets; this excludes the right of the person appearing to be the legitimate owner to receive the deposited Redemption Price (without interest) from the institution holding the deposited amount, as described above;

(4) under no circumstances may the Company's exercising of its rights in accordance with this Article be challenged or regarded as invalid on the grounds that there is insufficient proof of a person's rights of ownership in respect of Shares, or that the beneficial or registered owner of these Shares was not the same as the person believed by the Company to be the owner at the time of the Return Demand, provided that the Company has exercised the said rights in good faith;

d) refuse to accept, in meetings of shareholders, the vote of any Excluded Person.

For clarification: the above does not represent a restriction on the transfer of shares, but merely a restriction of the ownership of such shares.

Rights of the general meeting of shareholders

Article 8 Each duly convened general meeting of shareholders shall constitute the supreme organ of the Company. Its resolutions shall be binding on all shareholders regardless of the Sub-fund or Share Category, unless the resolutions intrude upon the rights of shareholders of a particular Sub-fund or Share Category to hold separate meetings in accordance with the provisions below.

The general meeting of shareholders shall have the widest authority to arrange, execute and approve all legal acts relating to the transactions of the Company.

General meeting

Article 9 Under Luxembourg law, the annual general meeting of shareholders takes place at the registered office of the Company or at another location in Luxembourg specified in the invitation, on the 20th October every year at 11:00. If this day is not a banking day in Luxembourg, the general meeting takes place on the following banking day in Luxembourg. The general meeting may be held abroad if unusual circumstances make this necessary at the Board of Directors' free discretion.

Other meetings may be held in addition, at the location and at the time specified in the corresponding invitation.

Separate meetings of shareholders

Article 10 Separate meetings of shareholders holding Shares in a particular Sub-fund or Share Category may be convened at the instigation of the Board of Directors. The principles with regard to quorum and voting requirements set out in Article 11 of these articles of association shall apply by analogy. A separate meeting of shareholders may pass resolutions on all matters relating to the applicable Sub-fund or Share Category which are not reserved for the general meeting or the Board of Directors under the law or these articles of association. Resolutions of separate meetings of shareholders shall not intrude upon the rights of shareholders holding Shares in other Sub-funds or Share Categories.

Quorum and voting requirements

Article 11 The convening of general meetings or separate meetings of shareholders shall be subject to the periods of notice and formalities laid down by law.

Each Share in a Sub-fund or Share Category shall entitle the holder to a vote, regardless of the Net Asset Value of the Share, subject to the restrictions imposed by these articles of association or the law.

A shareholder may participate in any meeting of shareholders, or may be represented by another shareholder or another person on the basis of a proxy issued by letter, telegram, telex or fax or in any other form determined by the Board of Directors.

Subject to any contrary provisions in law or under these articles of association, resolutions at a properly convened meeting of shareholders shall be passed by simple majority of the votes attending, or represented on the basis of a proxy, and cast. The Board of Director may impose any further conditions that must be met by the shareholders in order for them to participate in a meeting of shareholders.

If the Company has only one shareholder, the latter shall exercise all the rights to which shareholders are entitled under the Luxembourg law of August 10, 1915 in its currently valid version (the “1915 Law”) and the present articles of association. The resolutions adopted by such a sole shareholder are recorded in minutes.

Invitations

Article 12 The general meeting and other meetings of shareholders shall be convened by the Board of Directors by means of invitations containing the agenda. The invitation to attend is effected either 1) by depositing the notice at the Luxembourg Trade and Companies Register published at least fifteen (15) days before the general meeting of the Luxembourgish “Recueil Electronique des Sociétés et Associations (“RESA”)” and in a Luxembourgish daily newspaper, and by letter at least eight (8) days prior to the general meeting or 2) by registered mail at least eight (8) days before the general meeting. Moreover, these documents are available for inspection eight (8) days before the general meeting at the registered office of the Company.

Furthermore, the invitation to attend the meeting may provide that the quorum and majority requirements be established on the basis of the Shares which have been issued and are outstanding up to five days prior to the general meeting at 12.00 midnight (Luxembourg time). The rights of shareholders to attend and vote at a general meeting depend on their shareholdings at the time defines in the convocation.

A general meeting must be convened within an on month period upon the written request including a draft agenda by a shareholders representing at least one tenth of the share capital.

Furthermore, one or more shareholders representing at least one tenth of the share capital may request that a general meeting be convened and that items requiring a vote be added to the agenda.

The Board of Directors

Article 13 The Company shall be managed by the Board of Directors, composed of at least three members who need not be shareholders. Members of the Board of Directors shall be elected by the shareholders at the general meeting for a period of no more than six (6) years, and they may be re-elected. Should the position of a member of the Board of Directors become vacant as a result of death, resignation or other cause, the remaining members of the Board of Directors may elect, by simple majority, a new member of the Board of Directors who will occupy the vacant position until the next general meeting.

A member of the Board of Directors may be dismissed and/or replaced at any time by a resolution of the shareholders, who may give reasons or not. At the general meeting, only one person

who has hitherto served on the Board of Directors may be elected a member of the Board of Directors unless such person

- (1) has been proposed as a candidate by the Board of Directors, or
- (2) a shareholder who possesses full voting rights for the next general meeting that is to choose the Board of Directors submits a written proposal to the chairman – or should that not be possible, to another member of the Board of Directors – no less than six and not more than thirty days before the date that has been scheduled for the general meeting and in which proposal he will nominate a person other than himself for election or re-election along with written confirmation from such person indicating that he wishes to stand for election, although the chairman may resolve, with the unanimous approval of all shareholders present, to waive the requirement of the declarations referred to above and to propose the person so nominated for election.

Internal organisation of the Board of Directors

Article 14 The Board of Directors shall elect a chairman from its ranks, in addition to one or more deputy chairmen where applicable. It may also appoint a secretary, who need not be a member of the Board of Directors and who is responsible for the minutes of the meetings of the Board of Directors and the general meeting.

The chairman shall preside over the meetings of the Board of Directors. In the absence of the chairman, the members of the Board of Directors shall appoint another person to act as temporary chairman by a simple majority of the members present.

A meeting of the Board of Directors may be called by the chairman or by two members, and the invitation shall specify the location and give details of the agenda.

Written, telegraphic, electronic or fax invitations to a meeting of the Board of Directors shall be received by all members no later than 24 hours before the meeting starts, with the exception of urgent circumstances, details of which shall be given in the invitation.

Subject to the following provisions, the Board of Directors shall only be deemed quorate if a board meeting has been duly convened.

The invitations to a meeting may be dispensed with if all the members of the Board of Directors have declared their agreement. No invitation is necessary in the case of meetings whose dates have been fixed in advance in a decision of the Board of Directors.

Each member of the Board of Directors may be represented at a meeting of the Board of Directors by another member of the Board of Directors. The proxy shall be issued by letter, telegram, telex or fax or in any other form determined by the Board of Directors.

Subject to the following exceptions, the deliberations or decisions of the Board of Directors shall only have legal force if at least half of its members are present or represented, with participation means of videoconferencing or by any means of remote communication which ensures the identity of the participants and which ensures effectiveness and persistent participation. A Board meeting held in this manner shall be held at the place of business of the Company. Decisions shall be passed by a majority of the votes cast by the members of the Board of Directors present or represented at the meeting. The chairman shall have the casting vote if the number of votes cast is the same.

The members of the Board of Directors may bring about a decision by means of a circular resolution, with written approval given on one or more identical documents. A resolution in this way shall be deemed to be at the place of business of the company.

The Board of Directors may also appoint individual members of the Board of Directors or third parties to carry out all or part of the day-to-day management or representation of the Company with the powers decided by the Board of Directors. Such appointments may be revoked at any time by the Board of Directors.

Where appropriate in its view, the Board of Directors may also transfer certain powers and competencies to a body composed of persons it appoints (whether they are members of the Board of Directors or third parties).

Minutes of the meetings of the Board of Directors

Article 15 The minutes of each meeting of the Board of Directors shall be signed by the chairman of the meeting and by one other member of the Board of Directors or by the secretary of the Board of Directors. Copies or extracts from such minutes produced for legal proceedings or other legal purposes shall be signed by the chairman of the meeting or by two members of the Board of Directors or by the secretary of the Board of Directors one member of the Board of Directors.

Establishing investment policy

Article 16 The Board of Directors shall have the authority to execute any administrative actions and orders in the interests of the Company that are not expressly reserved for the general meeting by law or under these articles of association.

With the exception of those matters which the articles of association reserve for the shareholders at the general meeting, and subject to the above restrictions, the Board of Directors shall have the authority, in particular, to determine the investment policy for each Sub-fund, in accordance with the principle of risk spreading as defined accordingly in the prospectus and observing any investment restrictions laid down by law, in prudential rules and in decisions of the Board of Directors.

The Board of Directors may determine that the assets of the Company be invested as follows:

- a) In transferable securities and money market instruments:
 - that are admitted to or traded on a regulated market (within the meaning of Directive 2004/39/EC);
 - that are traded on another regulated market in a member state of the European Union (“EU”) which is recognised, open to the public, and which operates regularly;
 - that are admitted to official listing on a stock exchange in a third country or on another regulated market of a third country that is recognised, open to the public and operates regularly. In this context, “third country” means all countries in Europe not belonging to the EU and all countries of North and South America, Africa, Asia and the Pacific Rim.
- b) In transferable securities and money market instruments resulting from new issues, provided the terms of issue contain an undertaking that an application will be made for admission to official listing on a stock exchange or other regulated market as described under a), that is recognised, open to the public and operates regularly, and that admission be obtained no later than one year after the date of issue.
- c) In shares of Undertakings for Collective Investment in Transferable Securities (“UCITS”) authorised in accordance with Directive 2009/65/EC, and/or other Undertakings for Collective Investment (“UCI”) within the meaning of Article 1 paragraph (2) first and second indents of Directive 2009/65/EC having their registered office in a member state of the EU or a third country, provided that:
 - such other UCIs are authorised in accordance with legal requirements which submit them to prudential supervision considered by the Commission de Surveillance du Secteur Financier (“CSSF”) to be equivalent to that required under EU community law and that there is a sufficient guarantee of cooperation between the authorities;

- the level of protection of unit holders of such other UCIs is equivalent to the level of protection of unit holders of a UCITS, and in particular that the requirements for segregation of the fund's assets, borrowing, lending and uncovered sales of transferable securities and money market instruments are equivalent to the requirements of Directive 2009/65/EC;

- the business activities of the other UCIs are subject to semi-annual and annual reports which enable an assessment of the assets, liabilities, income and transactions over the reporting period;

- the UCITS or other UCI whose units are to be acquired may, according to its constitutional documents, invest in total no more than 10% of its assets in units of other UCITSs or other UCIs.

d) In sight deposits or deposits repayable on demand maturing in no more than twelve (12) months with qualified credit institutions whose registered office is located in a member state of the EU or in a member state of the OECD or in a country with equivalent money laundering provisions.

e) In money market instruments that are not traded on a regulated market and fall under the definition in Article 1 of the 2010 Law, if the issue or the issuer of such instruments are themselves subject to regulations concerning savings and investor protection, and provided they are:

- issued or guaranteed by a central governmental, regional or local authority or the central bank of a EU member state, the European Central Bank, the EU or the European Investment Bank, a third country or, in the case of a federal state, one of the members making up the federation, or by a public international institution to which at least one EU member state belongs, or

- issued by an undertaking whose securities are traded on the regulated markets referred to under (a) above; or

- issued or guaranteed by an establishment subject to prudential supervision according to the criteria defined by EU community law, or by an establishment which is subject to and complies with prudential rules which in the opinion of the CSSF are at least as stringent as those under EU community law; or

- issued by other issuers belonging to a category approved by the CSSF, provided such instruments are subject to investor protection regulations equivalent to those of the first, second or third indent and provided the issuer is a company with own funds of at least ten (10) million euros which presents and publishes its annual accounts in

accordance with the requirements of the 4th Directive 78/660/EEC, or is an entity within a group of companies comprising one or more companies listed on an official stock exchange which is dedicated to the financing of that group, or is an entity which is dedicated to the financing of the securitisation of liabilities by use of a credit line granted by a bank.

f) In derivatives including equivalent cash-settled instruments dealt in on a regulated market as referred to in a) and/or derivatives that are freely traded (“over-the-counter” - “OTC derivatives”), provided that:

- the underlying securities are instruments within the meaning of Article 41 (1) of the 2010 Law, financial indices, interest rates, exchange rates or currencies in which the Company may invest according to its investment objectives,
- the counterparties in transactions with OTC derivatives are institutions subject to prudential supervision belonging to the categories approved by the CSSF and
- the OTC derivatives are subject to reliable and verifiable valuation on a daily basis and can be sold, liquidated or squared by a counter transaction at any time at the initiative of the Company at their fair value.

The Company may however invest up to 10% of the Net Asset Value of each Sub-fund in transferable securities and money market instruments other than those mentioned under a) to e) and, if no investments in target funds beyond this limit are expressly allowed in the respective Special Part of the Full Prospectus, a maximum of 10% of the net asset value of each Sub-fund in target funds (that is to say, units in UCITSs and/or other UCIs within the meaning of c) above. However, in accordance with section 9 of the 2010 Law and subject to the prerequisites laid down there, the Board of Directors may decide that a Sub-fund (“Feeder”) can invest at least 85% of its assets in shares/units of another UCITS (or a Sub-fund thereof) which is authorised under EU Directive 2009/65/EC, which is itself not a feeder and which does not hold units/shares in a feeder. Such a possibility is only open if this is expressly introduced accordingly in the Full Prospectus.

The Company may invest up to 10% of the Net Asset Value of each Sub-fund in securities or money market instruments of one and the same issuer. The Company may invest up to 20% of the Net Asset Value of any Sub-fund in deposits with one and the same institution.

The limit mentioned in the first sentence of the previous paragraph shall be increased to 35% if the securities or money market instruments are issued or guaranteed by a EU member state or its local authorities, by a third country or by public international institutions to which one or more member states belong.

By way of derogation from the previous paragraphs, in accordance with the principle of risk diversification, the Company is authorised to invest up to 100% of the net assets of each Sub-fund in transferable securities and money market instruments issued or guaranteed by a EU member state or its local authorities, by a member state of the OECD or by international public organisations to which one or more member states belong, provided that the relevant Sub-fund holds securities and money market instruments from at least six different issues and that securities from one issue do not account for more than 30% of the total net assets of the Sub-fund.

If several Sub-funds exist, a Sub-fund may invest in other Sub-funds of the Company subject to the prerequisites laid down in article 181 paragraph 8 of the 2010 Law.

In addition, the Company shall comply with all further restrictions defined by the prudential authorities of those countries in which shares are admitted for public offering.

In the event that any amendment made to the 2010 Law should result in significant differences, the Board of Directors may determine that such new provisions should apply.

Pooling / “Co-Management”

Article 17 The assets of a Sub-fund may be managed by use of “Pooling”.

In such case, the assets of a number of Sub-funds are managed together. These co-managed assets are described as a “Pool”, whereas such Pools are only used for internal management purposes. The Pools have no separate legal identity and they are not directly accessible to shareholders. Each Sub-fund managed in conjunction with other Sub-funds can have its own specific assets allocated to it in accounting terms.

In cases where the assets of one of more Sub-fund are managed together, the assets allocated to each of the participating Sub-funds are determined on the basis of the initial allocation of assets to the Pool, and in the event of additional subscriptions or redemptions they will be altered in proportion to such subscriptions and redemptions.

The claims of each participating Sub-fund on the jointly managed assets shall be applicable to each and every investment in the Pool.

Additional investments made in the name of the jointly managed Sub-funds shall be allocated to the Sub-funds on the basis of their respective rights, and any assets sold are withdrawn from the relevant assets of each participating Sub-fund on the same basis.

Furthermore, to the extent that such will be consistent with the investment policy of the respective Sub-fund, the Board of Directors may decide, with a view to efficient management, that all

or part of the assets of one or more Sub-fund will be jointly managed with the assets of other UCIs on a “co-management” basis as described in the Full Prospectus. In this case the above provisions shall apply *mutatis mutandis*.

Conflicts of interest

Article 18 No contract or other transaction between the Company and any other company or organisation shall be impaired or rendered invalid by the fact that one or more members of the Board of Directors or managers of the Company are involved in another company as a member of the Board of Directors, shareholder, manager or employee, or otherwise personally involved in such company or organisation.

Any member of the Board of Directors or any other organ of the Company acting as a member of the Board of Directors, shareholder, manager or employee in another company or organisation entering into a contractual relationship with the Company or transacting any other business with it, shall not be prevented by such connection with the other company or organisation from acting for the Company and deciding on its legal transactions.

If a member of the Board of Directors or a manager of the Company or another member of a body constituted pursuant to Article 18 of these Articles of Association has a direct or indirect financial interest in a transaction of the Company, he shall declare such financial interest to the Board of Directors, and shall not be involved in deliberating on and voting on the transaction. Such legal transactions and interests of a member of the Board of Directors or manager of the company or body constituted pursuant to Article 18 of these Articles of Association shall be disclosed at the next General Meeting or Meeting of the Board of Directors.

The above provisions shall not be applied if the business concerned is carried out within the context of the day-to-day course of business on customary terms and conditions.

Indemnity

Article 19 The Company shall indemnify each member of the Board of Directors and each manager, or his heirs, executors and administrators, against all costs reasonably incurred in connection with any legal dispute/action or judicial proceedings in which they become involved in their capacity as current or former member of the Board of Directors or as manager of the Company, or as a result of a function performed, at the request of the Company, at another organisation with which the Company has a contractual relationship or of which it is a creditor, unless they are indemnified against any liability in respect of such legal dispute or action. This provision excludes incidents in respect of which there is a legal finding of gross negligence or poor management against them resulting from an action or legal process. In the event of debt composition proceedings, compensation shall be paid only

in respect of matters covered by the debt composition proceedings and with regard to which the Company obtains confirmation from its lawyers that there has been no violation of duties by the liable person. The above indemnity rights shall not exclude other rights to which the above persons have a justified claim.

Representation

Article 20 In order to place the Company under an obligation, the joint signatures of two members of the Board of Directors of the Company shall be required or, provided the Board of Directors has made the corresponding resolutions, the joint signatures of one member of the Board of Directors and a manager, a holder of general commercial power of attorney or other holder of power of attorney, or else by the single or joint signature of such authorised persons for certain transactions or business areas for which the appropriate authority has been issued by a resolution of the Board of Directors or by two members of the Board of Directors.

Auditor

Article 21

The general meeting of the Company shall appoint an auditor (“réviseur d'entreprise agréé”), who shall perform the duties described in Article 154 of the 2010 Law in respect of the Company.

Redemption and switching of Shares

Article 22

Redemption

As provided in detail below, the Company is entitled to redeem its Shares at any time, subject to the statutory restrictions with regard to the minimum capital.

Each shareholder may request the Company to redeem all or part of his/her Shares subject to the proviso of deferral of redemptions (as defined below).

The Board of Directors is entitled to decide to defer the redemption or switching of shares if on a valuation day or over a period of several valuation days, as defined in the Prospectus, the Company receives applications for redemption or switching that exceed a percentage of the outstanding shares of a Sub-fund, which percentage is defined in the Prospectus. The Board of Directors shall define the maximum duration of the deferral in the Prospectus. Such applications for redemption or switching shall have priority with respect to applications received subsequently.

Unless provided for otherwise in the Full Prospectus, the Redemption Price will usually be paid no later than five Luxembourg business days after the applicable valuation day. The Redemption Price shall be calculated on the basis of the Net Asset Value per Share of the applicable Sub-fund or the share category concerned, in accordance with the provisions in Article 23 of these articles of association, less a redemption fee which is set in each case by the Board of Directors and is described in the Full Prospectus.

If, as a result of exceptional circumstances, the liquid funds of the assets of a Sub-fund are insufficient to pay the Redemption Price within the above period, payment shall be made as soon as possible, but without any interest payments where this is legally permissible.

The application for redemption of Shares shall be submitted in writing by the shareholder directly to the Company or to one of the distributors by the time laid down in the Full Prospectus on the day before the valuation day on which the Shares are to be returned. A correctly submitted application for redemption is irrevocable, except in the case of and during the period of a suspension or postponement of redemptions. All redeemed Shares are cancelled.

Switching

In principle, each shareholder may apply to switch some or all of his Shares for Shares in another Sub-fund on a valuation day applicable to both Sub-funds or switch Shares within a Sub-fund between different Share Categories in accordance with the switching formula set forth in the Full Prospectus and with the principles and restrictions, if any, laid down by the Board of Directors in respect of each Sub-fund.

The Board of Directors is entitled to impose restrictions and conditions, as set out in the relevant Full Prospectus, on the switching of Shares of one Sub-fund for Shares in another Sub-fund or of Shares within a Sub-fund for Shares in another Share Category. In particular, the Board of Directors may:

- limit the frequency of switching applications;
- apply a fee to the switching of Share Categories or of Shares for Shares in other Sub-funds;
- exclude the switching of Share Categories within the same Sub-fund.

Liquidation

If, for whatever reason, the Net Asset Value of a Sub-fund falls below a certain amount or does not reach the amount which is fixed by the Board of Directors as the appropriate minimum

volume for the Sub-fund concerned, or if the Board of Directors regards it as appropriate as a result of changes in economic or political circumstances which have a bearing on the Sub-fund in question, or if it is in the shareholders' interests, the Board of Directors may redeem all (but not some) Shares in the Sub-fund in question using a Redemption Price reflecting the anticipated realisation and liquidation costs of the liquidation of the Sub-fund in question but without charging any other redemption fee.

The liquidation of a Sub-fund associated with compulsory redemption of all Shares concerned for reasons other than those stated in the previous paragraph, may only be decided on with the prior agreement of the shareholders of the Sub-fund to be liquidated at a separate meeting of the shareholders of the Sub-fund in question, convened in accordance with the regulations. Such a meeting may be held with no quorum requirement and the decision requires a majority of 50% of the Shares present or represented.

If a Sub-fund is a feeder of another UCITS (or a Sub-fund thereof), the liquidation or merger of this other UCITS (or its Sub-fund) shall lead to the liquidation of the feeder, unless the feeder amends its investment policy within the limits of Part 1 of the 2010 Law, and with the approval of the supervisory authority. Such a possibility is only open if this is expressly introduced accordingly in the Full Prospectus.

Any liquidation proceeds which could not be paid out to the shareholders upon conclusion of the liquidation of a Sub-fund will be deposited with the *Caisse de Consignation* in Luxembourg and are subject to a thirty (30) year expiration period.

The Company must inform the shareholders of the liquidation by publishing a notification in a publication to be designated by the Board of Directors. If all the shareholders concerned and their addresses are known to the Company, the notification may be effected by means of a letter sent to these addressees.

Merger

The Board of Directors may, in addition, merge each Sub-fund with another Sub-fund of the Company or with another UCITS in accordance with Directive 2009/65/EC or with another Sub-fund thereof.

A merger resolved by the Board of Directors shall be conducted in accordance with the provisions of section 8 of the 2010 Law. It shall be binding on the shareholders of the Sub-fund concerned upon expiry of a period of 30 days from the corresponding notification of the shareholders concerned. The above-mentioned time-limit shall end five (5) banking days before the valuation day that is determining for the merger.

The Company must inform the shareholders of the merger by publishing a notification in a publication to be designated by the Board of Directors. If all the shareholders concerned and their addresses are known to the Company, the notification may be effected by means of a letter sent to these addressees.

An application filed by a shareholder to redeem his/her Shares during the period of notification shall not be subject to a redemption fee, with the exception of the amounts retained by the Company to cover expenses connected with disinvestments.

A merger of one or more Sub-funds, as a result of which the Company ceases to exist, must be resolved by the general meeting and be recorded by the notary public. No quorum is required for such resolutions and a simple majority of the votes present or represented is sufficient.

Calculation of Net Asset Value and suspension of calculation

Article 23 The net asset value of the Company, the Net Asset Value per Share in each Sub-fund and, where applicable, the Net Asset Value of the Share Categories issued within a Sub-fund (together “Net Asset Value”), are determined in the relevant currency on every valuation day – as defined hereafter – except in the circumstances of suspension described below. The valuation day for each Sub-fund is any banking day in Luxembourg that is not a customary public holiday for the stock exchanges or other markets forming the basis of valuation for a substantial part of the Net Asset Value of the Sub-fund concerned, as determined by the Company, unless other provision is made in the Full Prospectus with regard to a particular Sub-fund. However, a valuation day must be fixed at least twice a month on a banking day in Luxembourg.

The Company may temporarily suspend the calculation of the Net Asset Value of each Sub-fund and the issue, redemption and switching of Shares in the Sub-fund, as well as switching from and into Shares of a Sub-fund, in the following circumstances:

- a) where one or more stock exchanges or other markets forming the basis of valuation for a substantial part of the Net Asset Value of the Sub-fund (except on customary public holidays) is closed or if trading is suspended; or
- b) where in the opinion of the Board of Directors it is impossible to sell or to value assets as a result of particular circumstances; or
- c) where the communication technology normally used in determining the price of a security of this Sub-fund fails or provides only partial functionality; or

d) where the transfer of monies for the purchase or sale of assets by the Company is impossible; or

e) if a Sub-fund is a feeder of another UCITS (or a Sub-fund thereof) and if and as long as this other UCITS (or its Sub-funds) has temporarily suspended the issue or redemption of its units/shares; or

f) in the event of a merger of a Sub-fund with another Sub-fund or with another UCITS (or a Sub-fund thereof), provided that this appears justified to protect the shareholders; or

g) if, owing to unforeseeable circumstances, substantial redemption applications have been received and as a result the Board of Directors considers that the interests of the shareholders remaining in the Sub-fund are at risk;

h) in the case of a resolution to liquidate the Company on or after the date of publication of the first notice of a general meeting of shareholders convened for this purpose.

The Company shall suspend the issue, redemption and switching of Shares without delay as soon as an event resulting in liquidation occurs or such is required by the CSSF.

Shareholders having offered their Shares for redemption or switching shall be notified of the suspension in writing within seven (7) days of such suspension, and immediately of the ending of such suspension.

The suspension of the issue, redemption and switching of Shares in any one Sub-fund shall not affect the calculation of the Net Asset Value or the issue, redemption and switching of Shares in the other Sub-funds.

Calculation of Net Asset Value

Article 24 The Net Asset Value per Share of each Sub-fund and, where applicable, the Net Asset Value of the Share Categories issued within a Sub-fund, are determined on each valuation day by dividing the total Net Asset Value of the assets of the Sub-fund or Share Category in question by the number of the outstanding Shares in that Sub-fund or Share Category. The total Net Asset Value of the Sub-fund or Share Category represents the market value of the assets contained in it, less the liabilities.

Valuation rules

Article 25 The calculation of the Net Asset Values of the various Sub-funds shall be carried out as follows:

(A) Assets

The assets of the Company shall include the following:

- a) all available cash holdings or cash in accounts, including interest accrued;
- b) all bills of exchange and other sight deposits (including proceeds from the sale of Securities not yet credited);
- c) all Securities (Shares, fixed-interest and variable-rate Securities, stocks, option or subscription rights, warrants and other investments and Securities in the possession of the Company);
- d) all dividends and distributions payable to the Company in cash or some other form approved by the Company, on condition that the Company must change the valuation of the market value of the Securities to reflect any trading practices such as ex-dividend or ex-new trading;
- e) all interest accrued on interest-bearing Securities held by the Company, where such interest does not form part of the principal claim;
- f) all financial rights arising from the use of derivative instruments;
- g) the provisional expenses of the Company, where they have yet not been written off, on condition that it is permitted to write off such provisional expenses against the capital of the Company; and
- h) all other assets of all kinds and compositions, including expenses paid in advance.

The value of the above assets shall be determined as follows:

1) The value of freely available cash holdings, deposits, bills of exchange and sight deposits, expenses paid in advance, cash dividends and interest as per confirmation or accrued but not received, as described above, shall be calculated at the full amount, unless for some reason payment is not likely at all or in part, in which case the value shall be determined after deducting an amount at the discretion of the Board of Directors, with the aim of determining the effective value.

2) Securities that are officially listed on a stock exchange or traded on another regulated market shall be valued using the latest available price on the principal market on which the Securities are traded. The services of an information agency approved by the Board of Directors may be used. The valuation of Securities whose listing price is not

representative and all other approved assets (including Securities not listed on a stock exchange or traded on a regulated market) is based on their probable realisation price determined with care and in good faith by or under the supervision of the Company.

3) All assets and liabilities in a currency other than that of the Sub-fund in question are converted into the currency of the Sub-fund concerned using an exchange rate supplied by a bank or other responsible financial institution at the time of valuation

4) Shares issued by UCIs of the open-ended type are valued at their last available net asset value. By way of derogation from this rule, open-ended UCIs that qualify at the same time as Exchange Traded Funds (ETF) are valued at their closing stock market price at the place where they are listed.

5) The market value of futures, forwards or options contracts that are not traded on a stock exchange or other regulated market is determined according to the guidelines laid down by the Board of Directors and in a consistent manner. The market value of futures, forwards or options contracts that are traded on a stock exchange or other regulated market is determined on the basis of the last available settlement price for the contracts on stock exchanges and regulated markets on which futures, forwards or options contracts of this type are traded, with the proviso that, in the case of futures, forwards or options contracts that could not be sold on a valuation day, the market value of this contract shall be determined on the basis of a value which the Board of Directors deems reasonable and appropriate.

6) Liquid assets and money market instruments may be valued at their nominal value plus accrued interest or after deduction of pre-scheduled depreciation of historic costs. The latter valuation method may cause the value to differ temporarily from the price which the Company would receive upon sale of the investment. The Company shall monitor this valuation method and, if necessary, recommend changes to ensure that these assets are valued in an appropriate way, determined in good faith according to the method specified by the Board of Directors. If the Company is of the opinion that a deviation from the scheduled depreciation of historic costs per Share would lead to significant dilution or other unjustified effects on the shareholders, it shall make such corrections as it sees fit to prevent or limit dilution or unjustified effects, in so far as this is reasonably possible.

7) The swap transactions are, in principle valued on the basis of the valuations received from the swap counterparty. The values can be the bid, offer or mid-price, as determined in good faith according to the method specified by the Board of Directors. If, in the opinion of the Board of Directors, these values do not reflect the fair value of the swap transactions concerned, the value of these swap transactions shall be determined by the Board

of Directors in good faith or according to such other method as the Board of Directors deems appropriate.

8) If, as a result of particular circumstances, such as hidden credit risk, the valuation cannot be properly carried out on the basis of the above rules, the Company is entitled to apply other valuation rules, which can be scrutinised by auditors, in order to arrive at a reasonable valuation of the assets.

(B) Liabilities

The liabilities of the Company shall include the following:

- a) all credits, bills of exchange and other payable amounts;

including deposits lodged as security, for example margin accounts, etc. in connection with the use of derivative instruments; and

b) all due/accrued administrative expenses including the costs associated with formation and registration, and legal fees, auditor's fees, all fees or remunerations of the investment advisers, investment managers, custodian, distributors and other representatives and agents of the Company, the costs of statutory notices and the Full Prospectus, the financial reports and other documents made available to shareholders. If the scale of fees for such services, as agreed between the Company and the service providers used (such as investment advisers, investment managers, distributors, custodian bank) differ from one Sub-fund to another, the varying fees shall be debited only to the respective Sub-funds. Marketing and advertising expenses may only be charged to a Sub-fund in isolated cases following a decision of the Board of Directors; and

c) all known due or unmatured liabilities including any dividend declared but not yet paid; and

d) an appropriate amount set aside for tax purposes, calculated on the day of valuation, and other accruals or reserves authorised by the Board of Directors; and

e) all other liabilities of the Company of whatsoever kind and nature towards third parties.

Any liability of whatsoever kind and nature towards third parties shall be restricted to the respective Sub-fund(s).

In calculating its liabilities, the Company may include all administrative and other expenses that are regular or periodic in nature by calculating a total amount for the year or other period, and then dividing the amount proportionally to the relevant period. This method of

calculation must only be applied to administrative and other expenses affecting all Sub-funds equally.

(C) Allocating assets and liabilities

For each Sub-fund, the Board of Directors shall establish an asset division as follows:

a) In the accounts of the Company, the proceeds from the allocation and issue of Shares of each Sub-fund shall be allocated to the asset division for which the Sub-fund has been opened, and the corresponding assets and liabilities, in addition to income and expenditure, shall be allocated to this asset division in accordance with the guidelines in this article.

b) If an asset has been derived from another asset, the asset thus derived shall be allocated, in the accounts, to the same Sub-fund as the asset from which it derives, and whenever an asset is revalued, any increase/loss in value shall be allocated to the relevant Sub-fund.

c) If the Company has assumed a liability that relates to some asset in a particular Sub-fund or to some activity in connection with an asset in a particular Sub-fund, the liability shall be allocated to the Sub-fund in question.

d) If an asset or liability of the Company cannot be regarded as having a particular value to be allocated to a particular Sub-fund, and it does not affect all Sub-funds equally, the Board of Directors may allocate such asset or liability in good faith;

e) From the date on which a dividend is declared for a Sub-fund, the Net Asset Value of the Sub-fund shall be reduced by the amount of the dividend, subject, however, to the rules governing the sale and Redemption Price of the Shares of each Sub-fund as set out in these articles of association.

(D) General provisions

For the purposes of this Article, the following shall apply to the process of valuation:

a) Shares redeemed in accordance with Article 22 of these articles of association shall be treated and registered as existing until just after the time, fixed by the Board of Directors or its authorised representative, at which such valuation is carried out, and from this time until the price has been paid, they shall be treated as a liability of the Company;

b) all investments, cash holdings and other assets of any Sub-fund in a currency other than the currency of this Sub-fund, shall be converted on the basis of their market value, using the exchange rate applicable on the date of the net asset valuation; and

c) on each valuation day, all purchases and sales of Securities contracted by the Company on that valuation day shall be included in the valuation, to the extent possible.

Selling Price and Redemption Price

Article 26 Whenever the Company offers Shares for subscription, the price of the Shares offered must be based on the Net Asset Value (as defined above) of the relevant Sub-fund or relevant Share Category, plus a selling fee determined in each case by the Board of Directors and indicated in the valid Full Prospectus of the Company. The selling fee is to be paid in full or in part to the distributor of the Company. The selling fees shall comply with the applicable laws, shall not exceed a maximum amount determined by the Board of Directors, and although they may be different for each Sub-fund or Share Category, all subscription applications within a Sub-fund or Share Category made on the same day shall be treated equally insofar as the selling fee is payable to the Company. The price arrived at in this way (“Selling Price”) shall be paid within a period determined by the Board of Directors, which shall not exceed seven (7) Luxembourg banking days from the allocation of Shares, unless otherwise indicated in the Full Prospectus. In exceptional cases, with the approval of the Board of Directors and subject to all applicable laws, the Selling Price may be paid by means of a special valuation of an in-kind contribution, which valuation is confirmed by the auditor; securities are transferred to the Company by the subscriber in compliance with the investment policy and the investment restrictions.

When Shares are redeemed, the Share price at which the redemption takes place shall be calculated on the basis of the Net Asset Value for the relevant Sub-fund or Share Category, less a redemption fee determined in each case by the Board of Directors and indicated in the valid Full Prospectus of the Company. The redemption fee is to be paid in full or in part to the mediating selling agents. The redemption fee may be different for each Sub-fund or Share Category. The price arrived at in this way (“Redemption Price”) shall be paid in accordance with Article 22 of these articles of association.

In special cases the Redemption Price may also be paid at the request or with the consent of the relevant shareholder by means of a distribution in kind (in-kind payment), the valuation of which must be confirmed by the company’s auditor. The equal treatment of all shareholders must be guaranteed.

Financial year

Article 27 The financial year of the Company begins on 1 July and ends on 30 June of the following year.

The annual reports of the Company shall be consolidated in Swiss francs. If certain Sub-funds, as provided in Article 5 of these articles of association, contain assets denominated in currencies other than Swiss francs, the amounts shall be converted into Swiss francs and shall be shown in Swiss francs in the consolidated, audited annual report, including the balance sheet and the profit and loss account to be made available, with the report of the Board of Directors, to all shareholders fifteen (15) days before each general meeting.

Distribution of profits

Article 28 The separate meetings of shareholders of the individual Sub-funds shall, at the request of the Board of Directors, decide annually on the distributions to be made by the Company. The Company may make distributions provided that its capital does not fall below the minimum capital defined in Article 5 of these articles of association.

If dividends are declared for the distributing Shares of a Sub-fund, the selling and Redemption Prices of the distributing Shares of the Sub-fund in question shall be adjusted accordingly. In the case of accumulating Shares, no dividends are distributed. Instead, the amount accruing to accumulating Shares shall be reinvested for the benefit of their shareholders.

Interim dividends may be paid at any time following a decision of the Board of Directors, provided that the Company's capital does not fall below the minimum capital defined in Article 5 of these articles of association.

Where dividends are declared, they shall generally be paid in the currency of the applicable Sub-fund, although it may be paid in another currency determined by the Board of Directors, which shall also determine the locations and times of payment. The Board of Directors may set the exchange rate used to convert the dividend amounts into the currency in which they are paid.

Proceeds from liquidation

Article 29 If the Company is wound up, the liquidation shall be conducted by one or more liquidators appointed by the general meeting, which shall decide on the question of liquidation and which shall lay down the respective powers and remuneration. The net proceeds from liquidation shall be divided among the shareholders in each Sub-fund and Share Category in proportion to the Shares held in the respective Sub-fund/Share Category.

Amendments to the articles of association

Article 30 These articles of association may be amended or supplemented by a resolution of the shareholders of the Company, provided the voting and majority requirements laid down in the 1915 Law are observed in the voting. Any alteration of the rights of shareholders in one Sub-fund

compared with the rights of shareholders in another Sub-fund shall only be permissible if the requirements relating to amendments to the articles of association provided for in the 1915 Law are adhered to within the Sub-fund concerned.

General

Article 31 All matters not dealt with in these articles of association shall be governed by the 1915 Law and the 2010 Law.